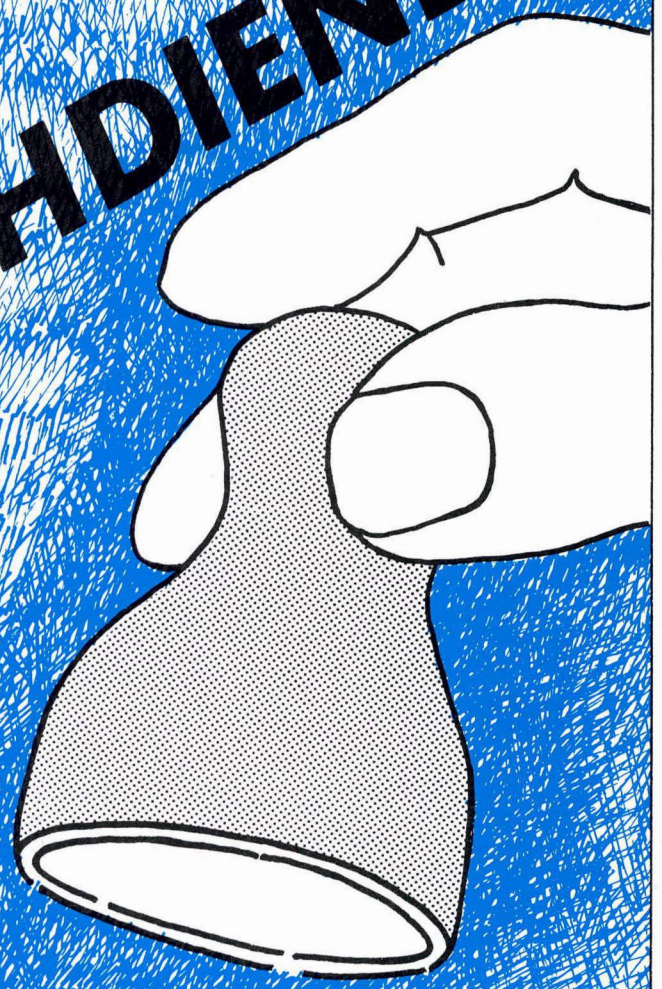
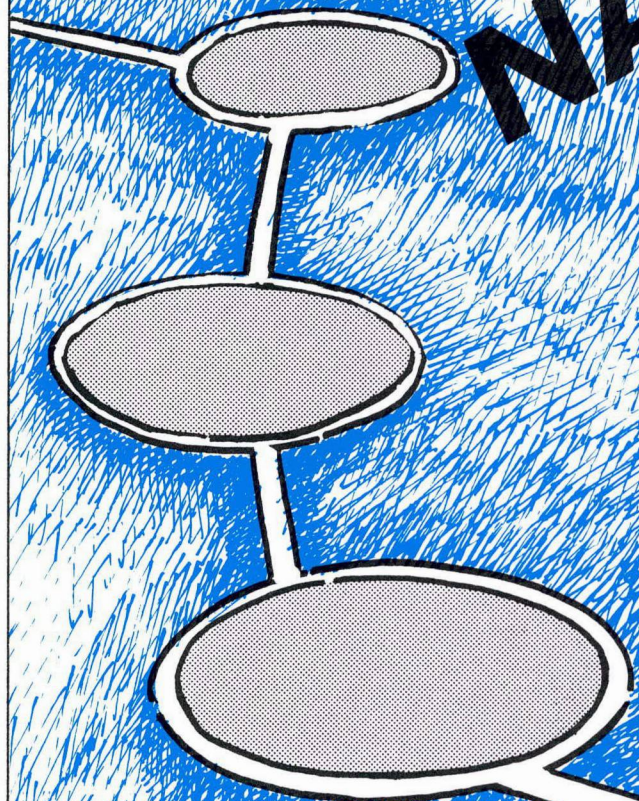




**Gewaltfreiheit
Gewaltfreie Aktion
Berglehre Jesu
Franz von Assisi
Bericht von den Philippinen**

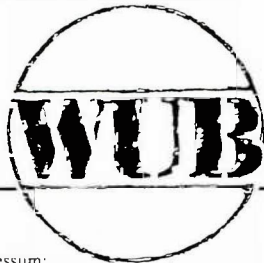
DIE NACHDIENER



**5
MONATE
AUSSETZEN**

Inhalt

WUB Reportage	
„Die Nachdiener“	3
Leserbericht	
„Friedensdienst mit Scheuerpulver und Windeleimer“	7
Der WUB-Schatz im Silbensee	8
WUB Thema	
Gewaltfreiheit – Gewaltfreie Aktion	9
„Gewaltfreiheit als revolutionäres Prinzip“ – Zwölf Thesen	10
„Die Berglehre Jesu – Das Friedens- programm der Christen“ Eine Anmerkung zum Spitzenkapitel des Buches der Bücher	12
„Den Feind zum Freund gewinnen“	13
„Auch wenn man Dich einen Narren nennt!“ Franziskus – ein Kriegsgegner nach dem Evangelium	14
<i>(fortgesetzt auf Seite 20)</i>	
„Die gewaltfreie Aktion“ Mittel und Methoden im schemati- schen Aufbau	16
„Die Unterdrücker zur Wahrheit führen“ Die gewaltfreie Bewegung auf den Philippinen	18
„Spinner, Träumer, Utopisten“	20
Briefe	
an die WUB Redaktion	21–22
Was unser Recht betrifft	22–23
Info-Dienst	23–24
Der Schlaf des Gerechten	24
Schwarz auf Weiß	
Urteile, Bescheide, Ableh- nungen	25
WUB-Buchtip	26
Kultur	27
Termine	27
Rüstzeiten	28
Titel: Gustav Heilbronner	



Intern

Liebe Leser,

Das zweite Heft mit neuer Konzeption liegt vor Ihnen und ich hoffe, daß es genauso gut ankommt wie das erste. Für mich wird es die letzte WUB sein, die ich an verantwortlicher Stelle miterstellt habe. Dieser Abschied fällt mir nicht leicht, denn fünf Jahre Arbeit an und mit dieser Zeitung waren doch eine lange Zeit. Aber nun wechsele ich das Tätigkeitsfeld – ich gehe nach Koblenz als Kreissynodaljugendreferent – und hier werde ich sicherlich mit ganzer Kraft gefordert sein, um eine neue Arbeit aufzubauen. Ich werde noch den einen oder anderen Artikel für WUB schreiben können, doch mehr wird in Zukunft wohl nicht möglich sein.

Obwohl nun die Arbeit der Zivildienstseelsorge in Württemberg akut gefährdet ist, denn die Landeskirche war bisher nicht in der Lage, einen Nachfolger für Pfarrer Schäufele zu berufen, hoffe ich, daß WUB diese Krise gut überstehen wird. Werner Schulz hat jetzt ein halbes Jahr lang Zeit gehabt, sich einzuarbeiten und ich habe keinen Zweifel daran, daß WUB in Zukunft bei ihm in guten Händen sein wird.

Es sind also die Voraussetzungen geschaffen, daß WUB nicht nur weiterexistieren, sondern auch weiter verbessert werden kann. Dies hängt allerdings am leidgehen Geld und so bleibt nun nur noch zu hoffen, daß die EKD die weitere Existenz von WUB auch finanziell sicherstellt. Dies hängt sicherlich auch mit davon ab, wie stark Sie Ihr Interesse an WUB den landeskirchlichen Beauftragten signalisieren, die diese Signale dann sicherlich gerne auch weiterleiten werden. Alles Gute

Ihr Siegfried Rupnow

Liebe Leser/innen,

„macht weiter so!“ lautete erfreulicherweise der überwiegende Tenor Eurer Reaktionen auf die neue Aufmachung und Konzeption der letzten Nummer – und darüber haben wir uns alle sehr gefreut: die EAK als Herausgeberin, die Autoren der Beiträge, die Mitarbeiter der Druckereikollektive und – gewiß nicht zuletzt – ich selbst.

Eure Briefe und Postkarten kamen recht zahlreich und enthielten oft sehr wertvolle und auch kritische Anregungen für den weiteren Weg dieser Zeitschrift. In dieser Beziehung hoffe ich, auch Ihr „macht weiter so“ und teilt uns, sowie den Lesern und Kollegen auch zukünftig mit, was Euch beschäftigt. Das muß ja nicht immer nur schriftlich sein. Vorschläge dazu, wie's vielleicht auch anders ginge, haben wir Euch unter der neuen Rubrik „Kultur“ auf Seite 27 anzubieten. Eine Anregung, die nach Erscheinen von WUB 1/86 mehrfach geäußert wurde, haben wir schon in diesem Heft in die Tat umgesetzt: die zweite neue Rubrik „Was unser RECHT betrifft“ auf Seite 22. Mit der Hilfe kompetenter Fachleute wollen wir hier Eure Fragen zum KDV- und Zivildienstrecht beantworten. Verständlicherweise können wir dabei nicht auf absolute „Spezialfälle“ eingehen, sondern nur Probleme von möglichst breitem Interesse aufgreifen.

Ein Satz noch zu den Leserbriefen: bitte habt Verständnis dafür, daß wir nicht jeden Brief und nicht immer die volle Länge abdrucken können. Die vorliegende Ausgabe hätte sonst überwiegend aus Leserbriefen bestanden. Auch im Hinblick auf die „Wirkung“ der einzelnen Zuschriften möchte ich Euch bitten, die Briefe, die gedruckt werden sollen, so kurz wie möglich zu halten.

Zum Schluß noch was ganz anderes: diese WUB-Ausgabe enthält auf 28 Seiten kein einziges Wort zu Tschernobyl. WUB will aber diese Katastrophe und ihre Folgen für uns alle weder totscheiden noch verdrängen. Unsere nächste Ausgabe (leider erst im September) wird sich schwerpunktmäßig mit dem Bereich „Frieden und Ökologie“ befassen und dort werden wir auch das Problem der sogenannten „friedlichen“ Atomnutzung aufgreifen. Dazu ist uns auch Eure Meinung wichtig, Eure Angst und Eure persönlichen Konsequenzen. Was hat die Katastrophe von Tschernobyl in Euch ausgelöst? Angst? Resignation? Trauer? Wut? Die Entschlossenheit, sich noch mehr zu wehren, sich noch mehr einzumischen? Schreibt uns!

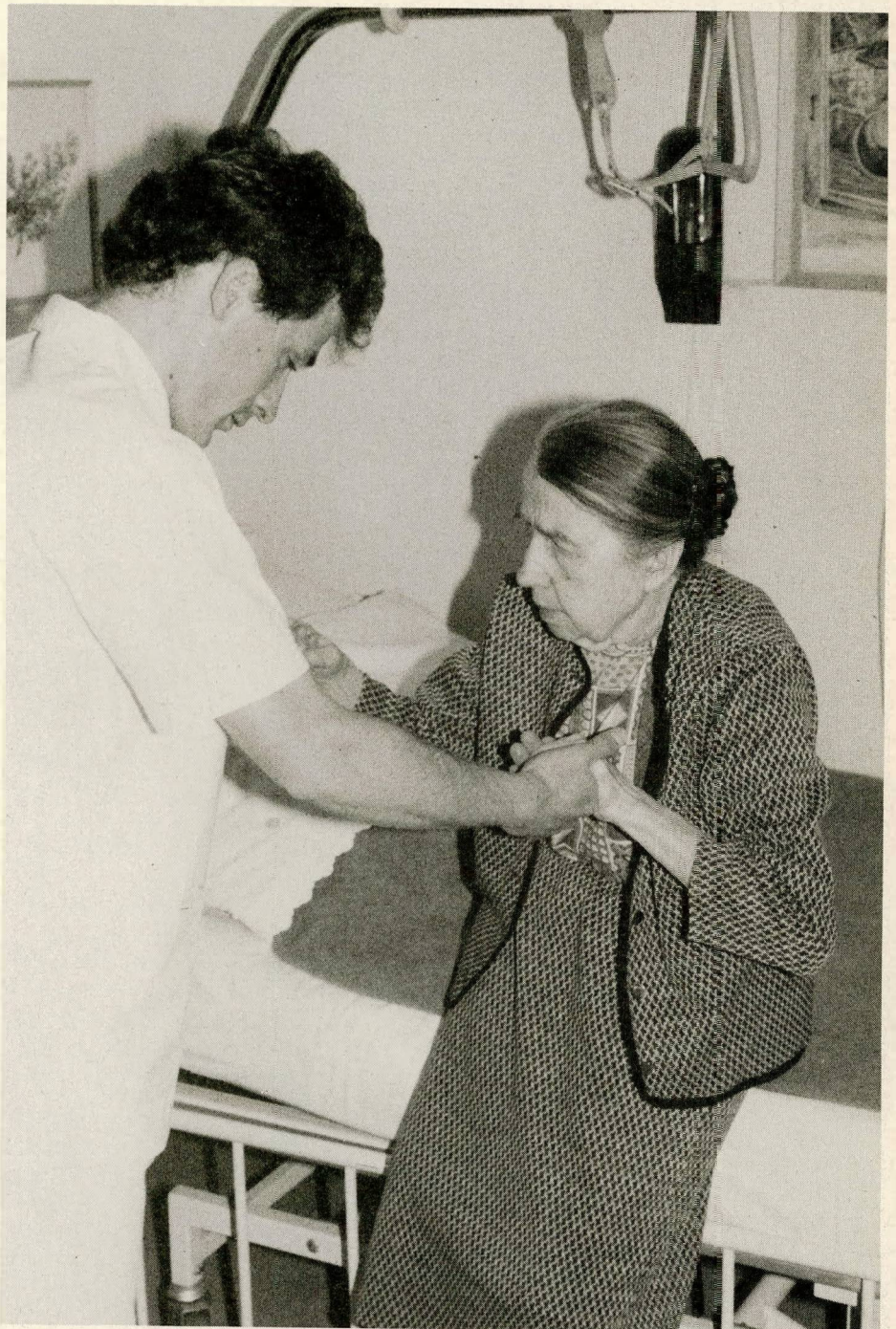
Herzlichst

Euer Werner Schulz

Impressum:
WUB (was uns betrifft) ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge.
Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der
Kriegsdienstverweigerer (EAK)
V.i.S.d.P.: Siegfried Rupnow
Redaktion: Werner Schulz
Redaktionsanschrift: Vogelsangstr. 60, 7000 Stuttgart 1
Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 32 24 00
Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto WUB, Bank für Kirche und Diakonie,
Duisburg (BLZ 350 601 90), Konto-Nr. 30 529

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.
In Baden, Bayern, Württemberg, der Pfalz und im Rheinland erhalten ZDL während ihres Zivildienstes die WUB kostenlos.
Gesamtherstellung: grafitti, Reutlingen
windrueter kollektiv, Schorndorf
Auflage: 10 000

Rolf Knoll ist ZDL in einem diakonischen Altenheim in Stuttgart Stammheim. Fünf Monate lang wird er hier in der weißen Pflegerkluft alte Menschen betreuen. Sein letzter Arbeitsdress war nato-oliv. Rolf Knoll war beim Bund, volle 15 Monate lang. Jetzt muß er nochmal ran.



Ex-Soldat Rolf Knoll beim Nach-Dienst im Altenheim.

Photo: W. Schulz

Die

Nachdiener

von Werner Schulz, Metzingen

Obwohl er „nie ein guter Schütze“ war und die Schießübungen von Anfang an nicht mochte, bildete man Rolf Knoll bei den Gebirgsjägern in Mittenwald zum Scharfschützen aus. Im Herbst 1983 wurde er als Obergefreiter entlassen, aber damit waren die Probleme mit dem Waffendienst für ihn längst nicht erle-

digt. „Mich ließ einfach der Gedanke nicht in Ruhe, daß ich mich bereit erklärt hatte, im Ernstfall in den Krieg zu ziehen und zu schießen.“

Kurz nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst beteiligte er sich an der Menschenkette gegen die Nachrüstung, die Hand in Hand von Ulm bis Stuttgart

reichte. „Das war schon eine tolle Sache. Aber hinterher war ich riesig enttäuscht, daß von den Politikern wieder keine Reaktion kam. Ich dachte, wenn der Staat hier nichts tut, dann bleibt mir nur noch die Möglichkeit, mich persönlich ‘abzurüsten’. Und das habe ich getan.“

Als Rolf Knoll Anfang 1984 seinen

Reportage

Antrag auf Anerkennung als KDV stellte, da hatte er von der möglichen Einberufung zum sogenannten „Restzivildienst“ nach §22 ZDG nichts gewußt. Erst während seiner mündlichen Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß wurde ihm vom Vorsitzenden diese Konsequenz eröffnet. Da blieb nicht lange Zeit, um zu überlegen. Rolf stand zu seiner Entscheidung und erklärte sich bereit, im Falle seiner Anerkennung auch dieses Opfer noch zu bringen. „Ich wollte damit auch nach außen demonstrieren, daß ich ernsthaft Kriegsdienstverweigerer bin. Auch der Regierung, denn bei einer Häufung von Reservistenverweigerern, da müßten die sich eigentlich schon was denken.“

Nachforderungen in Höhe von 5 Monaten

Rolf wurde in erster Instanz anerkannt. Die Verhandlung sei „nicht schlimm“ gewesen. Nachgegrübelt hat er aber lange über diesen einen Satz, mit dem der Vorsitzende ihn aus der Verhandlung entließ. Rolf zitiert wörtlich: „Wir erkennen Sie als KDV an, in der Hoffnung, daß Sie Ihre Einstellung noch ändern werden.“

Sollte damit auf jene Fälle angespielt werden, bei denen Ex-Soldaten, die als KDVer anerkannt werden wollen oder schon anerkannt sind, den Antrag zurückziehen oder die Anerkennung zurückgeben?

Das soll ja durchaus vorkommen, aber – so war von der Wehrbereichsverwaltung in Stuttgart zu erfahren – „über Anzahl und Gründe der Anerkennungsrückgaben werden keine Statistiken geführt.“

Daß dieses Verhalten nichts mit einer zackigen Kehrtwendung der Gewissen zu tun hat, ist auch den Prüfungsausschüssen klar. Volkmar Schreiber war bis Ende 1985 Vorsitzender des Prüfungsausschusses in Hildesheim, seit Anfang 1986 führt er den Vorsitz bei der Prüfungskammer. Aus seinem Einzugsbereich weiß er für 1985 von „mehreren“ Fällen der Antragsrücknahme bei ehemaligen Soldaten zu berichten. Was die Gründe dafür angeht, so vermutet auch er, daß die Antragsrückzieher berufliche Nachteile befürchten, Studienplatzprobleme sehen oder in Einzelfällen sogar Angst vor einer drohenden Kündigung haben.

Letzteres dürfte allerdings nach Lage der Gesetze nicht passieren: auch für Nachdiener gilt das Arbeitsplatzschutzgesetz.

Nicht ganz so eindeutig ist hingegen die Frage, wann jemand zum Restzivildienst eingezogen werden kann, ohne daß dadurch für den Betroffenen besondere Härten entstehen. Das Bundesamt für den Zivildienst in Köln scheint bei der gegenwärtigen Einberufungspraxis seinen Ermessensspielraum recht eng zu ziehen.

Der Fall des Doktoranden

Als Beispiel dafür der Fall eines Doktoranden aus der Hamburger Region: der Diplomchemiker Lutz H. war seit Oktober 1984 mit der Anfertigung einer Dissertation befaßt. Für den 3.6.1986 erhielt er eine Einberufung zum Restzivildienst und das hätte das Ende seiner Forschungsarbeit für die Dissertation bedeutet. Er beantragte also eine Zurückstellung vom Zivildienst und reichte beim BAZ ein Schreiben des ihn betreuenden Hochschulprofessors ein, in dem dieser darauf hinwies, daß eine Unterbrechung der Arbeit nicht möglich sei und er im Falle des Nachdienens seines Doktoranden gezwungen sei, „das Thema von einem anderen Mitarbeiter weiterbearbeiten zu lassen. Dies bedeutet,

daß er (L. H.) mit einem neuen Thema beginnen müßte. Dies ist im Verteidigungsfall, nicht aber im Frieden zumutbar.“ Das Bundesamt, hingegen blieb auch in Friedenszeiten hart und lehnte die Zurückstellung ab. Man verwies darauf, daß anerkannte KDVer nur solange zurückgestellt werden, daß sie noch vor Vollendung des 28. Lebensjahres einberufen werden können und gab dem geplagten Doktoranden folgenden Rat: Zitat: „Sie können nach Beendigung Ihres Zivildienstes eine Dissertation über ein neues Thema schreiben.“ Inzwischen liegt dieser Fall beim Verwaltungsgericht.

Erstaunlicherweise zeigt ein Blick in die Militärgesetzgebung der „alten Preußen“, daß seinerzeit die Wehrpflicht offenbar mit mehr Rücksichtnahme prak-



17.4.86 Öffentliche ZDL-Vereidigung „Wir geloben feierlich ...“

Photo: Th. Spengler



Stuttgart, Sept. 1979: Reservisten „entmilitarisieren“ ihre Wehrpässe in einem Kunstharzblock
Photo: M. Kober

tiziert wurde, als dies heute bei uns der Fall zu sein scheint.

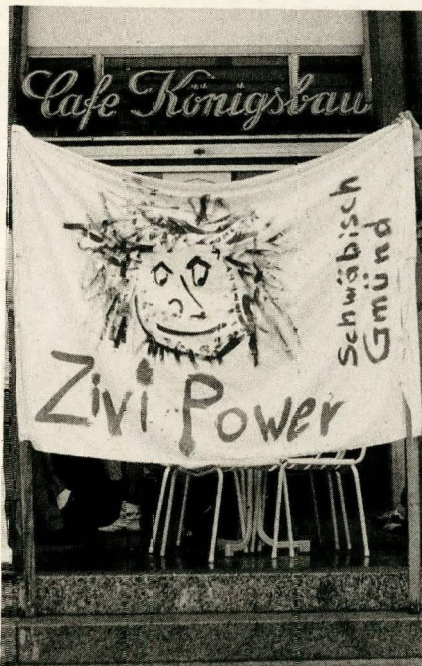
Immerhin schon 1814 heißt es im §1 des Wehrgesetzes, die allgemeine Verpflichtung der „Eingeborenen“ sei „auf eine solche Art auszuführen, daß dadurch die Fortschritte der Wissenschaften und Gewerbe nicht gestört werden.“

„Berlin, den 3. Sept. 1814.
Gez. Friedrich Wilhelm.“

Die Interpretation des Art. 12a, GG

Einwände und Protest gab es gegen die Erhöhung der Zivildienstdauer und die sich daraus ergebende Restzivildienstforderung seit 1983 zur Genüge, von verschiedener Seite, auf unterschiedlichen Ebenen. ZDLs haben gestreikt und demonstriert, Experten und Verbände gaben Stellungnahmen ab und in Karlsruhe gingen Verfassungsbeschwerden ein. Geändert wurde indes nichts. Das Bundesverfassungsgericht wies die Beschwerden der Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen am 24.4.1985 samt und sonders zurück. So konnte die Bundesregierung am 17. April 1986 („angesichts der späten Stunde ohne Aussprache“) ein Gesetz verabschieden, das die ursprünglich bis zum 30.6.1986 befristete Verlängerung der Zivildienstdauer um ein Drittel gegenüber dem Grundwehrdienst bis 1990 fortschreibt. Wenn der Wehrdienst ab 1989 auf 18 Monate verlängert wird, dann dauert der Zivildienst also volle 2 Jahre. Und auch dann noch verstößt diese Drittel-Automatik laut Bundesverfassungsgericht nicht gegen Art. 12a, Abs. 2 GG. „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten.“ Diese eigentlich doch glas-

klare Formulierung ist so eindeutig scheinbar doch nicht. Die Frage ist nämlich: wie lange dauert denn der Wehrdienst? Er kann – laut Gesetz auch heute schon – bis zu 24 Monate umfassen, 15 Monate Bund und – theoretisch – 9 Monate Wehrübungen. Genauso rechnet auch das Bundesverfassungsgericht. Tatsächlich macht aber kein Mensch 9 Monate Wehrübungen, auch 5 Monate sind organisatorisch gar nicht drin. In den Jahren 1970 bis 1980, so die Antwort von Staatssekretär Würzbach auf eine Anfrage von Peter Conradi (SPD), wurden insgesamt 600 000 ein- oder mehrtägige Wehrübungen veranstaltet. Die durchschnittliche Dauer: 13,8 Tage für alle Dienstgrade, 3,5 Tage für die Mann-



schaften. Die durchschnittliche Wehrübungsbelastung bis zum Ablauf der Wehrüberwachung betrug in diesen Jahren nach Angaben des Pressestabes auf der Hardthöhe 26 Tage (incl. Zeitsoldaten, die wesentlich länger nach-üben). Zukünftig wird sich zwar die Anzahl der Wehrübungen nach dem Willen von Minister Wörner erhöhen – er will die derzeit 6 600 Wehrübungsplätze seiner Truppe auf 15 000 im Jahre 1995 anheben – aber auch dann werden die durchschnittlichen Belastungen eher in Tagen, und nicht in Monaten zu messen sein, und sie werden auch längst nicht jeden treffen. Auf der anderen Seite müssen aber bereits seit 1973 die Zivildienstleistenden alle „ihren“ Wehrübungsersatz mitabdiene: zuerst war es 1 Monat, jetzt sind es 5.

Der Ausgleich der Belastungen

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, sieht außer den Wehrübungen bei der Bundeswehr auch noch ganz andere „Belastungen, die in dieser Weise keine Entsprechung beim Zivildienst finden.“ Als da wären: „der überwiegend heimatferne Einsatz, die längere Wochendienstzeit – durchschnittlich 56 Stunden für Wehrdienstleistende, 41 Std. für ZDL –, die Unterordnung unter die militärische Disziplin, sowie die Kasernierung. Hierfür ist ein gewisser zeitlicher Ausgleich aus meiner Sicht gerechtfertigt.“

Nun will man ja als ZDL nicht ständig und überall den psychischen Kraftaufwand in der Sozialarbeit zu Markte tragen und Pflegedienst gegen Wacheschieben aufrechnen. Aber daß Zivis ihre Bude in der Freizeit sauber machen und sich oft ihren Eintopf selber kochen, das sollte mindestens Herrn Hintze nicht ganz unbekannt sein. Dies aber nur ganz am Rande, denn wirklich „belastend“ sind für die Nachdiener ganz andere Probleme.

Die Stellensuche zum Beispiel. Nicht überall in den Heimen und Krankenhäusern kann man ZDLs für 5 Monate gebrauchen. Das Bundesamt will aber – so Pressereferent Löhle gegenüber der WUB – jeden verfügbaren Rest-ZDL einberufen (Verheiratete zur Zeit nicht). Werden die sozialen Einrichtungen da mitspielen? Nach Ansicht des BAZ gibt es da keine Probleme. „Wir kriegen die alle unter. Auf den 72 253 Zivildienstplätzen sind derzeit nur 56 500 ZDL im Dienst. Viele Einrichtungen, vor allem in den ländlichen Gebieten, sind sogar froh über jeden 5-Monats-Platz, der besetzt wird.“ Wer also selbst keine Stelle findet, dem wird das Bundesamt zivile Arbeit verschaffen, „auch wenn die dann nicht gleich um die Ecke ist.“

Rest-Zivi Hubert Neumann allerdings hatte sehr große Mühe, eine Dienststelle zu finden. Bei seinen Anfra-

Reportage

gen holte er sich etwa 30 Absagen ein. „Die Pflegeleitung in einem Krankenhaus sah irgendwie mein Problem nicht. Wenn ich doch die Bundeswehr voll abgeleistet hätte, dann könnte ich doch meine nachträgliche Verweigerung zurückgeben und meine Schwierigkeiten wären vom Tisch.“ Inzwischen hat er eine Stelle und seine Einrichtung hat ihn – trotz der 5 Monate – sogar schon auf einen Einführungslehrgang beim Diakonischen Werk geschickt. Dort ließ sich auch Karl-Heinz Herrmann in seinen neuen Dienst einführen. Beim Bund war Obergefreiter Herrmann Spähpanzerfahrer („das ist genau betrachtet das, was man ein 'Todeskommando' nennt“). Wenn er heute die Entscheidung noch einmal zu treffen hätte, dann würde er

schon vor dem Bund verweigern. So denken die meisten seiner 5-Monats-Kollegen. Mit ihrem neuen Dienst haben sie in der Regel keine großen Probleme. Im Gegenteil: sie betonen die zwischenmenschliche Wärme und die „gute Atmosphäre“ an den Dienststellen. Karl-Heinz Herrmann: „Die Kameradschaft, die wird ja beim Bund so unheimlich hoch gepriesen. Im Zivildienst gibt es Freundschaft.“ Die ehemaligen Reservisten sehen in ihrem jetzigen Dienst einen Sinn, auch wenn sie die 5 Monate grundsätzlich für ungerecht halten und als Strafe für ihre Verweigerung empfinden.

Reservist Klaus Steinbach ist als KDVer noch nicht anerkannt. In der ersten Instanz wurde sein Antrag abge-

lehnt. Bei einem kürzlichen Bewerbungsgespräch für eine Stelle in seinem zivilen Beruf hat er die mögliche Nachdienstzeit lieber verschwiegen. „Ich sehe das auch überhaupt nicht ein, daß ich jetzt nochmal Dienst machen soll. Ich war beim Bund, war MOB-Reservist und ich habe Reserveübungen gemacht. Das reicht mir.“

Das teure Gewissen

Wenn es regierungsamtlichen Stellen um die Rechtfertigung des Nachdienens geht, dann ist vom Ausgleich der Belastungen die Rede. Vom Geld sprach bisher niemand. Tatsache aber ist, daß ein im Berufsleben stehender Reservist, der zur 3-tägigen Reserveübung geht, seinen Verdienstausschlag in Höhe von 70% (ledig) oder 90% (verheiratet) des Nettoverdienstes ersetzt bekommt. Der nicht unterhaltspflichtige Nachdiener erhält 5 Monate lang ZDL-Sold, Essensgeld usw., aber keinen Pfennig mehr. Wer also als Reservist in seinem Beruf arbeitete und sagen wir 2000 DM netto verdiente, den kostet der 5-monatige „Ausgleich der Belastungen“ runde 10 000 DM.

Es kommt insgesamt also einiges zusammen, was der ehemalige Soldat, der einen Antrag auf Anerkennung als KDVer stellt, nach der neuen Gesetzeslage in Kauf nehmen muß. Ganze Lebenspläne werden da vielleicht durchkreuzt. Trotz alledem wird auch die Summe dieser erbrachten Opfer den Reservisten nicht als „tragendes Indiz“ für die Ernsthaftigkeit ihrer Gewissensentscheidung zu Gute gehalten. Die Gewissensprüfung für Ex-Soldaten bleibt bestehen. Wenigstens unsere Anerkennung und Hochachtung ihrer Zivilcourage sollte den Reservistenverweigerern sicher sein. Aber andererseits vermag man auch diejenigen zu verstehen, die für ihre „reiflich überlegte“ Entscheidung gegen den Kriegsdienst etwas länger brauchen – bis nach dem 28. Lebensjahr z. B.

Spontane und öffentliche Reservistenverweigerungen dürften in Zukunft jedenfalls auf weniger Resonanz stoßen. Im November 1981 noch hatten z. B. allein in Stuttgart rund 80 Reservisten öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt, ihre Wehrpässe in einer Obstkiste gesammelt und an die Kreiswehrersatzämter zurückgeschickt. Seit 1984 fällt die Anzahl der nachträglichen Verweigerer deutlich ab. Nach Angaben des Bundesamtes waren es in den Jahren '81 bis '83 jeweils 6000 Anträge. 1984 verweigerten nur noch 4800 gediente Soldaten und 1985 sogar nur 3500.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, denn von den angekündigten 400 000 Wehrübenden pro Jahr werden sich bestimmt einige auch Gewissensfragen stellen. ☉



... solange zu kehren, bis der ganze Dreck weg ist.

Photo: Th. Spengler

Friedensdienst mit Scheuerpulver

von Thomas Schiske,
Gernsbach

und Windeleimer?

Meinen Zivildienst habe ich in einem evangelischen Altenheim nahe Baden-Baden abgeleistet. Die Zahl der ZDLs schwankte zwischen drei und sechs. In der Regel schaffte nie mehr als ein ZDL in der Pflege, die anderen in der Hauswirtschaft. Und das ist die Sauerei.



Photo: W. Schulz

Wir ZDL wurden – und werden – als billige Arbeitskräfte benutzt. Wie die kirchlichen Erklärungen zur Arbeitslosigkeit mit dem Ersetzen von Arbeitskräften durch ZDL in Einklang zu bringen sind, sehe ich nicht. Ebenso wenig verstehe ich den Slogan vom „Friedensdienst ohne Waffe“. Mit Scheuerlappen, Geschirrtuch und Windeleimer dem Frieden dienen?

So wichtig und unentbehrlich diese Arbeit auch ist, so hat sie doch wenig mit einem Dienst für den Frieden zu tun.

Friedenskosmetik?

Ich bin auch nicht bereit, diesen ideologischen Überbau zu akzeptieren, der das „Wirken für den sozialen Frieden“ des ZDL betont. Denn zum einen trifft das meistens nicht zu, da wir ZDLs höchstens Kosmetik betreiben, aber keine Ursachen von Mißständen angehen dürfen, und zum anderen könnte man mit dieser Ideologie ohne große Schwierigkeiten so ziemlich jeden Berufsstand mit dem Flair der „Friedenstäterschaft“ umgeben. Doch weiter: ist den Freunden dieses süßlichen Slogans vom „Friedensdienst ohne Waffen“ wirklich entgangen,

daß Regierungsstellen – und Grundgesetz – vom *Kriegsdienst* mit und ohne Waffen reden? Daß auch wir ZDL als Teil der Kriegsmaschinerie eingeplant sind? Aber fluppdwupp: ersetze „Krieg“ durch „Frieden“, belasse den Inhalt, und schon sieht die Welt schöner, friedlicher aus. Und schließlich: das BAZ hat mir schriftlich mitgeteilt, es sei nicht beabsichtigt, den Zivildienst als Friedensdienst zu gestalten. An dem Tag hat mein Windeleimer mich höhnisch angegrinst! Spätestens an diesem Punkt sollte aber geklärt werden, was Sache ist. Will das BAZ damit die Kirche in bestimmte Schranken weisen? Beschwindelt die Kirche mit ihrem „Friedensdienst“-Slogan die ZDL? Oder hat die Kirche mit dem Friedensdienst wirklich etwas vor, gegen die Regierungslinie, weiß aber nur noch nicht, wie und wo und überhaupt?

Sie wollen Zivildienstleistende ...

Zwei Wege stehen jetzt offen: entweder unterstützt die Kirche das Konzept eines *Friedensdienstes* und versucht, es in die Praxis umzusetzen, oder die Kirche gibt

den Begriff Friedensdienst in Verbindung mit Zivildienst endgültig auf.

Noch einmal: Die Art, wie wir eingesetzt wurden und meine Kollegen noch werden, ist für mich die totale Ignoranz der Tatsache, daß wir ZDL aus bestimmten Motiven heraus den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert haben. So sehr sich die Kirchen auch für KDVer einsetzen und ihnen Hilfestellung geben, so sehr ignorieren kirchliche Zivildienststellen diese Haltung, wenn der KDVer zum ZDL geworden ist und als billige Arbeitskraft zur Verfügung steht.

... und es kommen

Kriegsdienstverweigerer

Notwendig ist, daß die kirchlichen Dienststellen sich überlegen – und zusätzlich auch mal nachfragen –, wie einer zur KDV kommt und mit welcher Motivation er seinen Dienst beginnt, beziehungsweise was für einen Friedensdienst so einer wohl leisten will.

Dann sollten sich die Dienststellen darüber klar werden, was sie von ihm wollen. Anschließend sollten sie schauen, was Kirche zu KDV und „Friedensdienst“ gesagt hat und wie bzw. ob diese drei Positionen – ZDL, Kirche, Zivildienststelle – miteinander vereinbar sind. Nun noch ein paar Überlegungen zur Glaubwürdigkeit und schon ist die Frage, ZDL beschäftigen oder nicht beschäftigen, geklärt. Vermutlich. Wenn die Kassen nicht so leer wären ...

Sozialer Friedensdienst

Ein Ansatzpunkt, das Verständnis und die Unterstützung der Kirche für uns KDV und ZDL abzuklären, wäre eine breit angelegte Diskussion des Konzeptes des Sozialen Friedensdienstes. Diese Diskussion muß auf allen betroffenen Ebenen stattfinden, also einschließlich Zivildienststellen und ZDL. Grundlage kann die Broschüre „Sozialer Friedensdienst“ sein, zu beziehen für 50 Pfennige beim Diakonischen Werk Stuttgart. Zur Vertiefung geeignet ist die Broschüre: „Wo steht der Zivildienst als Teil der sozialen Arbeit gegen Ende der 80er Jahre?“, auch für 'nen Fuffziger beim Diakonischen Werk in Hessen und Nassau. Die Beauftragten der Landeskirchen für KDV und ZDL können diesem Vorhaben aufgrund ihrer Kenntnis der Materie zu einem annehmbaren Niveau verhelphen.

– Die Notwendigkeit dieser Diskussion dürfte deutlich geworden sein. Stellen wir uns also der Frage: Wollen wir die Idee vom Friedensdienst ernst nehmen?



Gesucht ist ein Wort des Apostels Paulus zum Schwerpunktthema dieser WUB.

Der **WUB** Schatz im Silbensee

Lösungswort auf Postkarte schreiben und unter lesbaren Absenderangabe an

Redaktion WUB -
Werner Schulz
Vogelsangstraße 60
7000 Stuttgart 1

schicken.

Einsendeschluß ist der
15. August 1986
(Poststempel)

Unter den richtigen
Einsendungen werden
(unter Ausschluß des
Rechtsweges) folgende
Preise verlost:

**1. Preis: Siegfried Lenz,
Exerzierplatz**

**2. Preis: H. J. Schultz (Hrsg.)
Liebhaber des Friedens
(Portraits bedeutender Friedenskämpfer/innen
von Berrigan bis Suttner)**

**3. Preis: Ein WUB-Frei-Abo für das erste Jahr
nach dem Zivildienst**

Jeweils die Anfangsbuchstaben der gesuchten Wörter in der Reihenfolge der Fragen ergeben die Lösung:

as - ba - bahn - bank - be -
ber - byl - cha - da - da - de -
di - die - dog - dorf - e - ei - el -
en - en - er - ge - geiss - gen -
gen - grup - heit - in - is - kel -
kers - ko - lan - laub - le - ler -
li - li - ma - mi - mut - mut -
nach - nen - ning - no - ö - pe -
ra - ri - rüst - sanft - sen - si -
si - sis - so - tät - ten - trai -
tscher - ü - um - ur - van - vid -
wac - ze - zugs

- 1.) Ziel militärischen Strebens
- 2.) Organisationsform gewaltfreier Aktivisten
- 3.) sinnvolles Verkehrsmittel
- 4.) Angebot der Kirchen für ZDLs
- 5.) Aktueller Ort gewaltfreier Aktion
- 6.) Gewaltfrei befreites Land
- 7.) Beschweris für Reservistenverweigerer unter 28 Jahre
- 8.) Glaubenssatz
- 9.) Bezeichnung der Lehre Jesu
- 10.) Militanter Dichter des Alten Testaments
- 11.) Geburtsort des hl. Franziskus
- 12.) von Jesus seliggepriesene Tugend
- 13.) Entscheidungs- und Handlungsebene bei Gewaltfreier Aktion
- 14.) finanzwirtschaftliches Projekt der Ökologie- und Friedensbewegung
- 15.) Zusammengehörigkeit
- 16.) Generation, die bei Entscheidungen immer vor Augen sein muß
- 17.) Name eines bibl. Propheten des Alten Testaments
- 18.) nahöstliches Land
- 19.) Menetekel der Atomindustrie
- 20.) Von KDern heftig kritizierter Politiker
- 21.) die „schönste“ Zeit des Jahres
- 22.) Vorbereitung auf eine Aktivität
- 23.) gefährdeter Planet
- 24.) Hauptwiderstandsort gegen Pershing II

Lösung

1	2	3	4	5	6	7	8	9
10	11	12						
13	14	15	16					
17	18	19						
20	21	22	23	24				

Absender

Was ich noch zu sagen hätte:

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



THEMA

GEWALTFREIHEIT – GEWALTFREIE AKTION



Gewaltfreiheit, Gewaltlosigkeit, Gewaltverzicht, passiver Widerstand, gewaltfreie Aktion, Satyagraha ... - viele Worte für ein und dieselbe Sache? Nicht ganz.

Gemein ist allen Begriffen eine Absage an die Gewalt. Aber diese Absage drücken die einzelnen Bezeichnungen unterschiedlich stark oder eindeutig aus.

Zum Beispiel „Gewaltverzicht“: „... Verzicht auf militärische Überlegenheit und die Begrenzung der Rüstungsanstrengungen auf Verteidigungserfordernisse entsprechen unserem Verständnis von Gewaltverzicht.“ (Bundesm. d. Vert.: Die Bundeswehr, 1955 - 1980)

Auf die Anwendung von Gewalt wird demnach mindestens gegenwärtig verzichtet, aber die Gewaltmittel werden einstweilen sorgsam gepflegt. Der beruhigende Gewaltverzichts-Befehl an die Soldaten: Du sollst zur Zeit nicht töten!

Und wie steht es mit der „Gewaltlosigkeit“?

„Natürlich bin ich gewaltlos - sonst bin ich bald mein Gehalt los!“ Dieser Graffiti-Spruch macht deutlich, daß man durchaus auch Gewaltlosigkeit von Gewaltfreiheit unterscheiden muß.

„Gewaltlos“, das hört sich in diesem Spruch wie „dulden“ an. Stillhalten, ertragen, schweigen. Passivität und Resignation schwingen mit. „Wollen wir das mit der Gewalt doch lieber sein lassen: erstens - wir sind noch zu schwach; zweitens - es wäre zu riskant; drittens - Gewalt ist verboten.“ Wolfgang Sternstein liefert in seiner 10. These (s.S.10) weitere Unterscheidungsmerkmale, die allerdings nicht unumstritten sind.

Der tatsächliche, tief empfundene Wille, „von Gewalt frei zu sein“, drückt sich also erst in der Wortschöpfung Gewaltfreiheit aus. Gewaltfreiheit steht für eine Grundhaltung, ein Lebensprinzip, das die Gewalt oder die Anwendung von Gewalt prinzipiell ablehnt und bekämpft.

„Satyagraha“, das Festhalten an der Wahrheit, nannte Gandhi diese Lebenshaltung. Martin Luther King verlieh ihr den schönen Namen „die Kraft zum Lieben“ und Jesus Christus nannte sie Nächstenliebe.

Diese Einstellung hat nichts mit Passivität zu tun, mit Duckmäusertum oder Feigheit. Die Bezeichnung „passiver Widerstand“ trifft deshalb nicht ihren tatsächlichen Kern. Gewaltfreiheit ist keine „Waffe der Schwachen“, sondern eine „Waffe der Stärksten“ (Gandhi). Der Versuch, dieses Prinzip der Gewaltfreiheit zu leben, fordert von uns eine intensive Auseinandersetzung mit den Fundamenten, der Geschichte und den aktuellen Ausprägungen dieser Haltung.

Nicht nur wegen der Kritik von außen, die uns Naivität und Traurtänzerie vorwirft, auch vor uns selbst müssen wir unseren Standpunkt ständig neu überprüfen.

Das WUB-Thema „Gewaltfreiheit, gewaltfreie Aktion“ soll hierzu eine Hilfe sein.

d. Red.





Blockade am Atomwaffenlager Groß-Engstingen im August 1982

Gewaltfreiheit als revolutionäres Prinzip

Zwölf Thesen von *Wolfgang Sternstein, Stuttgart*

Vielleicht „irgendwie gefühlsmäßig“, vielleicht aus Liebe zu Jesus Christus, vielleicht aus Bewunderung und Hochachtung für Mahatma Gandhi und Martin Luther King, vielleicht aus geschichtlicher Erfahrung oder sogar aus eigenem (leidvollen) Erleben – es gibt viele Gründe für die Faszination und Anziehungskraft, die die Idee der Gewaltfreiheit auf uns ausübt. Was es hingegen nicht gibt, ist der letztendliche Nachweis für die „Richtigkeit“ dieser Überzeugung.

Die „Kraft der Wahrheit“ läßt sich nicht beweisen, schon gar nicht wissenschaftlich. Wir sollten dabei aber eines nicht vergessen: auch die sogenannte „positive Wirkung der Gewalt“ – wie sie etwa der militärischen Abschreckung zugeschrieben wird – ist letztlich eine Sache des Glaubens. Tatsächlich beweisbar ist nicht mehr, als ihre „gewaltige“ Fähigkeit des Vernichtens und Zerstörens.

Die folgenden 12 Thesen zur Gewaltfreiheit sind Auszüge aus: W. Sternstein: *Gewaltfreiheit als revolutionäres Prinzip*, Zürich 1981. d. Red.

1. Der Begriff „Gewaltfreiheit“ bezeichnet nicht das Fehlen von Gewalt, er meint vielmehr das Vorhandensein einer positiven Kraft. Gandhi nannte sie Satyagraha („Festhalten an der Wahrheit“), Martin Luther King die „Kraft zum Lieben“. Sie ist identisch mit der Kraft, die das Neue Testament mit dem Begriff Agape, d. h. Nächstenliebe umschreibt.

Der Begriff „Gewaltfreiheit“ erlaubt es, zwischen der Abwesenheit von Gewalt (Gewaltlosigkeit) und dem Vorhandensein einer positiven Kraft (Gewaltfreiheit) zu unterscheiden. Ohne diesen spezifischen Inhalt verliert der neue Begriff seinen Sinn.

2. Gewaltfreie Aktion ist eine Kampftechnik. Sie stellt eine konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktlösung dar.

Im Unterschied zum abstrakten Friedensappell, der Ermahnung zur Fried-

fertigkeit, die nur der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse dient, ist gewaltfreie Aktion eine Kampftechnik, die auf die radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielt.

3. Gewaltfreiheit ist nicht nur eine Methode, sie ist zugleich eine Haltung. Als Haltung überzeugt sie jedoch nur, wenn sie praktische Konsequenzen zeitigt. „Gewaltfreiheit, Liebe und Barmherzigkeit können auf ihre Echtheit nur geprüft werden, wenn man sie kämpfen läßt gegen Gewalt, Haß und Unbarmherzigkeit.“

Gewaltfreiheit als Glaubensbekenntnis ohne praktische Konsequenzen ist unfruchtbar, gewaltfreie Aktion als Methode im Dienste beliebiger Motive und zur Erreichung beliebiger Ziele ist unwirksam.

4. Gewalt kann nicht durch Gewalt beseitigt werden. Sie kann letztlich nur durch bewußtes, freiwilliges Erleiden

der Gewalt überwunden werden.

Gewaltfreiheit ist eine militante, kämpferische Haltung, durchaus im Sinne des Jesuswortes, das – sehr zu Unrecht, wie ich meine – von den Befürwortern der Gewalt mit Vorliebe zu ihrer Rechtfertigung zitiert wird: „Ihr sollt nicht wähnen, daß ich gekommen sei, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Der gewaltfreie Revolutionär ist kein Friedensstifter im Sinne eines Beschwichtigers, eines Beruhigers und Versöhnlers, er ist vielmehr ein Unruhestifter, ein Aufrührer, ein Rebell. Er spricht die Wahrheit aus über die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in unserem Land, über die Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt, an der wir alle mehr oder minder teilhaben, und er arbeitet mit gewaltfreien Methoden an der Beseitigung dieser Übel.

5. Physische (verletzende) Gewalt, wie sie sich in Kriegen und Revolutionen manifestiert, und die „Gewalt des Systems“ (institutionalisierte Gewalt) sind nur verschiedene Erscheinungsformen der Gewalt, die leicht ineinander übergehen. Die eine (ungerechte Macht- und Besitzverhältnisse) kann deshalb nicht durch die andere (revolutionäre Gewalt) beseitigt werden.

Die gewaltsamen Revolutionäre definieren revolutionäre Gewalt als befreiende Gewalt oder Gegengewalt und meinen damit eine Gewalt, die die Abschaffung der Gewalt zum Ziele hat. Der Strategie der gewaltfreien Revolution liegt dagegen die Vorstellung zugrunde, revolutionäre und militärische Gewalt sei nicht nur die Folge, sondern auch Ursache ungerechter Macht- und Besitzverhältnisse. Unter dieser Voraussetzung ist der Versuch, ungerechte Verhältnisse durch revolutionäre Gewalt beseitigen zu wollen, nicht etwa „unmoralisch“, er ist einfach unsinnig.

6. Der Zweck heiligt, rechtfertigt oder entschuldigt die Mittel nicht. Mittel und Zweck müssen vielmehr übereinstimmen, wenn der Zweck erreicht werden soll. Sie sind geradezu austauschbar.

Geht man davon aus, daß Mittel und Zweck übereinstimmen müssen, wenn der Zweck erreicht werden soll, dann versteht es sich von selbst, daß Frieden nicht durch Krieg, Freiheit nicht durch Zwang, Wahrheit nicht durch Lüge, Demokratie nicht durch Diktatur – und sei es auch die des Proletariats – erreicht werden kann. Das bedeutet: Verzicht auf Täuschung, Lüge, Geheimhaltung und Geheimorganisation, unbedingte Offenheit und Wahrhaftigkeit im privaten und im öffentlichen Leben. Man fragt sich, wie es Gandhi möglich war, mit solchen Grundsätzen – die in allen Punkten das Gegenteil dessen darstellen, was wir uns unter Politik oder Diplomatie vorzustellen gewohnt sind – auf dem Felde der Politik erfolgreich zu sein. Ein eingehendes Studium seiner Kampagnen zeigt je-

doch, daß paradoxerweise gerade darin die Ursache seiner Stärke und seiner Erfolge gesehen werden muß.

7. Gewaltfreiheit ist ein universales Prinzip. Es ist zu allen Zeiten, an allen Orten und in jeder Situation anwendbar. Auf jede gewaltsame Herausforderung, gibt es eine gewaltsame und eine ihr entsprechende gewaltfreie Antwort. Der vergeltenden Gewaltanwendung entspricht das freiwillige, überlegte Erleiden der Gewalt. Der Tötung des Gegners als Extremfall der Gewaltanwendung entspricht das Selbstopfer als Extremfall der Gewaltfreiheit.

Die Feststellung, Gewaltfreiheit sei ein universelles Prinzip, bedeutet nicht, sie müsse, wo immer sie angewendet werde, erfolgreich sein. Selbstverständlich kann ein Kampf, der mit gewaltfreien Methoden geführt wird, verlorengehen, wie auch ein Kampf, der mit gewaltsamen Methoden geführt wird, verlorengehen kann.

8. Gewaltfreie Aktion kann sowohl zur Verteidigung demokratischer Rechte und Institutionen gegen gewaltsame Angriffe als auch zur Verwirklichung revolutionärer Ziele wie klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft, inhaltliche Demokratie, demokratischer Sozialismus u. a. eingesetzt werden. Mit anderen Worten: Sie kann sowohl erhaltend (konservativ), als auch erneuernd (progressiv) sein.

Keine der uns bekannten Gesellschaften entspricht dem Ideal einer gewaltfreien, klassenlosen Gesellschaft. Sie sind alle mehr oder weniger weit davon entfernt. Dennoch kann die Situation eintreten, daß ein bereits erreichter Zustand relativer Demokratisierung und Humanisierung durch einen gewaltsamen Angriff von innen oder außen bedroht wird. Das gilt beispielsweise für Griechenland vor dem Staatsstreich der

Obristen am 21. April 1967 und für die Tschechoslowakei vor dem Eindringen der Truppen der Warschauer Paktstaaten am 21. August 1968. In solchen Situationen kann gewaltfreie Aktion zur Verteidigung bereits bestehender demokratischer Institutionen und Sozialstrukturen, so unvollkommen sie auch sein mögen, eingesetzt werden; vorausgesetzt allerdings, sie wurde zuvor von der Regierung organisiert und von der Bevölkerung eingeübt.

9. Gewaltfreie Aktion gliedert sich in gewaltfreien Widerstand und konstruktives Programm (konstruktive Arbeit). Sie sind gewissermaßen die beiden Seiten einer Münze. Der gewaltfreie Widerstand ist überwiegend defensiv. Er setzt dem gegnerischen Macht- und Herrschaftsanspruch eine Grenze (widersteht dem Übel). Das konstruktive Programm ist dagegen überwiegend offensiv. Es versucht, die eigene Position durch Arbeit, Organisation, Schulung und Aufbau von Parallelinstitutionen zu stärken und zugleich den Gegner durch Freundlichkeit, Toleranz, Hilfs-, Verständigungs- und Verhandlungsbereitschaft zu gewinnen.

Erst auf der Basis des konstruktiven Programms vermag der gewaltfreie Widerstand, das „Festhalten an der Wahrheit“, seine eigentliche Kraft zu entfalten. Das konstruktive Programm verhindert das Abgleiten des Widerstands in bloße Negation, Obstruktion und Zerstörung.

10. Es gilt zwischen gewaltfreien und gewaltlosen Aktionen zu unterscheiden. Gewaltfreie Aktionen verzichten nicht nur auf die Ausübung von Zwang und Gewalt, in ihnen wirkt die positive Kraft der Gewaltfreiheit. Gewaltlose Aktionen können dagegen mehr oder weniger Zwang enthalten.

Wesentlich für die Unterscheidung

zwischen gewaltfreien und gewaltlosen Aktionen ist die Motivation des Handelnden. Sofern er sich vom Willen zur Wahrheit, zum Frieden und zur Gerechtigkeit leiten läßt, wird sein Handeln gewaltfrei sein, auch wenn es vom „Gegner“ als Zwang empfunden wird, denn die Nichtzusammenarbeit mit dem Bösen ist nach Gandhis Auffassung ein ebenso verbindliches ethisches Gebot wie die Zusammenarbeit mit dem Guten.

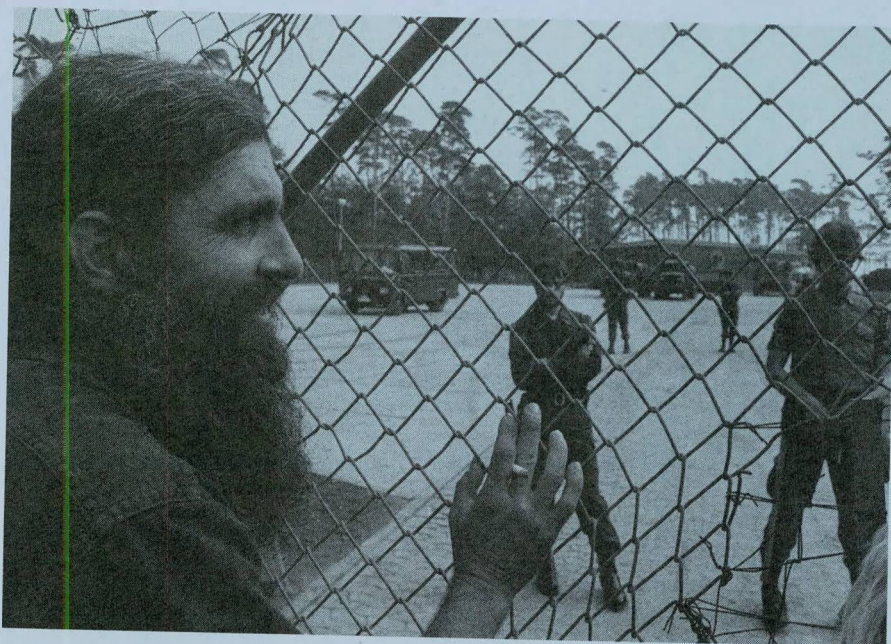
11. Gewaltfreies Handeln ist sowohl prinzipiell als auch pragmatisch begründet.

Die Argumente derer, die Gewalt als politisches Mittel nicht ausschließen, sind also niemals nur pragmatischer, sie sind stets auch prinzipieller, d. h. weltanschaulicher Art. Andererseits sind die Argumente derer, die gewaltfreie Aktionen befürworten, niemals nur prinzipieller, sondern stets auch pragmatischer Natur. Wer glaubt, die Befürworter gewaltfreier Aktionen hingen einem Glauben an, dem Glauben an die Macht der Gewaltfreiheit, vergißt nur allzu leicht, daß auch die Befürworter gewaltsamer Aktionen einem Glauben anhängen, dem Glauben an die Macht der Gewalt, der nur deshalb nicht mehr als Glauben erkannt wird, weil er zur herrschenden Meinung geworden ist.

Der gewaltsame Widerstand gegen das Übel schwächt es nicht nur nicht, er stärkt es geradezu. Er ist, wie Gandhi es ausdrückte, eine Art Nachgeben gegenüber dem Übel. „Immer und immer wieder“, schrieb er, „habe ich die Erfahrung gemacht, daß das Gute Gutes hervorruft, das Böse aber Böses erzeugt. Wenn daher dem Ruf des Bösen kein Echo wird, so büßt es aus Mangel an Nahrung seine Kraft ein und geht zugrunde. Das Übel nährt sich nur an seinesgleichen. Weise Menschen, denen die Tatsache klageworden ist, vergalten daher nicht Böses mit Bösem, sondern immer nur mit Gutem und brachten dadurch das Böse zu Fall.“

12. Die Frage, ob in einer gegebenen politischen Situation Gewalt angewandt werden kann, soll oder muß, ist wissenschaftlich nicht zu beantworten. Sie kann nur von jedem einzelnen, seiner ethisch-politischen Überzeugung gemäß beantwortet werden. Allem politischen Handeln liegen Wertentscheidungen zugrunde, die wissenschaftlich weder bewiesen noch widerlegt werden können.

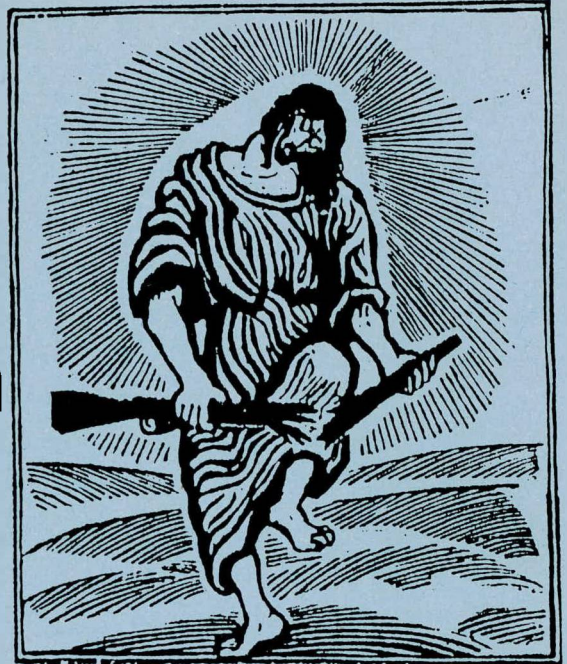
Unsere Überzeugungen und Wertvorstellungen bestimmen uns aber nicht nur bei der Wahl der Methode politischen Handelns und in unseren gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, sie bestimmen uns auch bei der Analyse der bestehenden Verhältnisse. Es gibt keine wertfreie, objektive, vorurteilslose Analyse der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, so wenig wie es eine wertfreie, objektive, vorurteilsfreie Erfahrung der Wirklichkeit gibt. ☉



Vietnam-Veteran sucht vergeblich das Gespräch mit GI's

Photo: M. Storz

Die Berglehre Jesu – Das Friedensprogramm der Christen!



Pankok-Holzschnitt

Eine Anmerkung zum Spitzenkapitel des Buches der Bücher von Günter Knebel, Bremen

Bekannt ist die erste große Rede Jesu im Matthäusevangelium (5.-7. Kap.) unter dem Namen Bergpredigt. Aber die Bezeichnung „Predigt“, die nach Kanzel, Kirchenschlaf und Kollekte am Ausgang, also eher nach passivem, bloßem Sonntagschristentum klingt, erfaßt meiner Meinung nach Inhalt und Aussage dieses Textes nicht umfassend genug. So verstehe ich diese Ansprache als eine anregende, aufregende Lehre, die gelernt werden muß, denn sie verweist natürlich nicht nur zentral auf den historischen Jesus von Nazareth als ihren Verkünder (sie ist ja eine Zusammenfassung von Jesusworten), sondern auch auf Jesus, den Christus, als ihren Vollender.

Christus selbst hat die Berglehre gelebt und in seinem Schicksal die Voraussetzungen zu seiner Nachfolge, und damit zum Versuch der Praktizierung seiner Lehre, geschaffen.

Seitdem es sie gibt, wohl in den 70er Jahren des 1. Jahrhunderts n. Chr. aufgeschrieben, ist darüber disputiert worden – meist sehr gelehrt, mal mit mehr, mal mit weniger Eifer. Die Auseinandersetzungen um Auslegung und Konsequenzen dieser Rede Jesu spielten sich vorwiegend in erlauchten Kreisen von Schriftgelehrten ab, breite Bevölkerungsschichten hatten früher keinen unmittelbaren Zugang zu diesem Text. Seine Überzeugungskraft als Lehre einer „besseren Gerechtigkeit“ konnte er für weite Kreise folglich erst entfalten, als er gedruckt, gelesen und wahrgenommen wurde. Diejenigen, die damals diesen Text der Bibel wörtlich genommen und danach zu leben versucht haben, wurden bald als „Schwärmer“ ausgegrenzt, manchmal sogar als unbequeme Minderheiten verfolgt und bestraft – von Obrigkeiten, die mit Amtsantritt die De-

finitionsmacht über das, was jeweils als „Realismus“ gilt, stets gepachtet haben. Daran hat sich bis heute auf der Welt nicht viel geändert, obwohl die Chancen, die Berglehre verbreiten zu können, erheblich größer geworden sind. Die Chancen, nach ihr zu handeln, sind schon schwieriger einzuschätzen, obwohl ja gerade der Praxis größte Beweiskraft zukommt, wenn es um die Glaubwürdigkeit einer Lehre (oder auch Predigt) geht. Denn eine „Praxis“ der Berglehre, die über einzelne „Fallbeispiele“ hinausreicht, hat sich noch nicht in größerem Maßstab durchsetzen können. Siehe oben.

Die Perspektive

Schon Martin Luther wird der Satz zugeschrieben, die ‚Bergpredigt‘ gehöre nicht aufs Rathaus, denn mit ihr lasse sich nicht regieren. Bismarck – und nach ihm mancher Politiker nicht unbedingt seines Formats – behauptete, die ‚Bergpredigt‘ sei nur für das persönliche Leben Einzelner gedacht, nicht aber für das öffentliche Leben, von der Politik ganz zu schweigen.

Demgegenüber wächst heute die Zahl der Christen, aber auch von Andersgläubigen bis hin zu erklärten Atheisten, die der biblischen Berglehre eine stetig wachsende Bedeutung zumessen – sowohl für das persönliche Leben, als auch als Wertmaßstab und Orientierungshilfe für das öffentliche, politische Leben. Woran mag das liegen?

Ich meine, Jesu Berglehre vermittelt Gedanken, mit denen die Zukunft zu gewinnen ist. Für Christen weist sie den Weg zum Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit. Für Zweifelnde und Suchende eröffnet sie neue, hoffnungsvolle Perspektiven, weil andere Zukunftsentwürfe (Wohlstands-, Wachstums- und

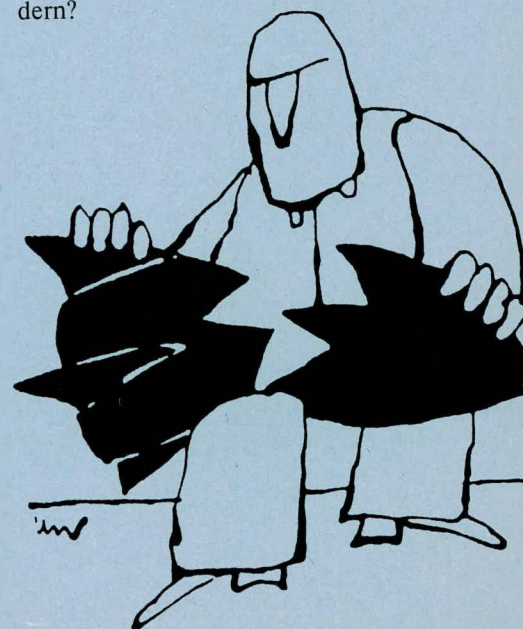
Sicherheitsstreben und (damit) Ideale kapitalistischen oder kommunistischen Musters) ihre Grenzen zeigen. Obwohl fast 2000 Jahre alt, gibt die Berglehre Einsichten und Ziele vor, die noch heute viel „produktive Utopie“ freisetzen.

Die zentrale Stelle, die „goldene Regel“ der Berglehre lautet schlicht:

„Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“

(Matth. 7, 12)

Die beiden Sätze haben es in sich. Denn in der Wirklichkeit beißt sich die handlungsbetonte Forderung des ersten Satzes, die mit dem zweiten sogar zur Zusammenfassung aller bis dahin gültigen Lehre erhoben wird, meist mit dem, was jeder für sein eigenes Interesse hält. Und das Eigeninteresse ist jedermann normalerweise wichtiger als das Interesse des Nächsten, geschweige denn eines Feindes. Wie soll sich daran etwas ändern?



Welt 16.11.81

„... nur für Bettelmönche noch praktizierbar“

Apel: Thesen der Bergpredigt nicht mehr zeitgemäß

FR 7.1.82

Verärgerte Offiziere verlassen die Kirche

Die Generale stört „zunehmender Pazifismus“

TP 10.12.84

Geißler kritisiert die Kirchen

Gegen Politisierung des Evangeliums / Nicaragua kein Kanzel-Thema

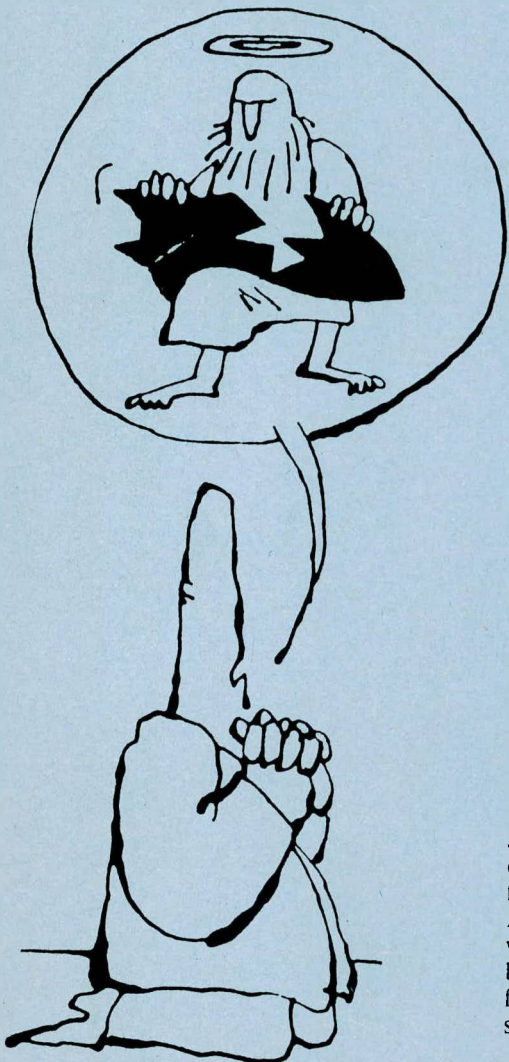
Die Mittel

„Wenn dich einer zwingen will, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geh zwei mit ihm.“ Eine der zahlreichen Forderungen aus der Berglehre, die die goldene Regel konkretisieren. Den historischen Hintergrund dieser Aussage erhellt der Theologe Pinchas Lapide, der in der Sprache und Kultur des Hebräi-

schen zu Hause ist: „Gemeint war der berüchtigte Frondienst für die Römer, der es jedem Legionär erlaubte, seinen Sack und Pack jedem vorbeigehenden Juden aufzuhalsen.“ Daß die Juden über diesen Zwangsdienst nicht begeistert waren, versteht sich von selbst - zähneknirschend, wütend mußten sie sich beugen, Flucht oder gar Verweigerung wurde von den römischen Besatzern mit drakonischen Strafen geahndet. Der Vorschlag Jesu, die erzwungene Meile Lastenträgerschaft freiwillig um eine zweite Meile zu erweitern, mußte also große Betroffenheit, ja das Entsetzen seiner Zuhörer hervorrufen.

Dieser Vorschlag Jesu zeigt aber geradezu beispielhaft den Sinn seiner Berglehre auf, in der - im Unterschied zu anderen Lehren - Mittel und Zweck einander entsprechen: Nämlich durch Zuvorkommenheit „entfeinden“, d. h. Dialogpartner schaffen, und durch Demut „entwaffnen“, um durch eine solche „einseitige Vorleistung“ den blutigen Teufelskreis von Haß und Gegenhaß, Gewalt und Gegengewalt zu sprengen

Das Entsetzen, das Zuhörer Jesu bei einem so - querköpfig anmutenden - Vorschlag gepackt haben mag, wird noch heute von vielen geteilt: Die Berglehre bietet „keine fertige Handlungsanweisung, die sich unmittelbar in praktische Politik umsetzen ließe“, ist eine gängige Beurteilung dieser Lehre auch aus kirchlicher Sicht. Inwieweit die „politische Praxis“ sie aufnehmen und umsetzen wird, wenn die Berglehre in der Praxis der Christenheit zur Grundorientierung geworden ist, das mag dahingestellt bleiben. Daß aber die Berglehre Jesu grundlegende, zentrale Bedeutung erlangt und nicht zu einer 'Lebensregel für Spinner und Träumer' verkommt, ist Aufgabe für alle, die sich als Christen verstehen. In einer Zeit, in der die 'Lebensregeln der Realisten' diverse Teufelskreise eher erweitern als brechen, erscheint das längst überfällig. ☉



Den Feind zum Freund gewinnen

1914 schrieb der junge Pfarrer Siegmund-Schultze einen Brief an Kaiser Wilhelm II., in dem er das Ende des Krieges und die Bemühung um Frieden forderte. Der Kaiser schrieb an den Rand: „Das ist wahres Christentum, leider zur Zeit nicht praktikabel.“ Und dabei blieb es denn auch.

Heute fordern Spitzenpolitiker jeder Herkunft, die Kirche solle ihre Bergpredigt für sich behalten. Aber vielleicht käme mit einem Anfangskurs in Bergpredigt doch ein bißchen mehr Wahrheit in die politische Auseinandersetzung und ein bißchen mehr Glaubwürdigkeit. Vielleicht könnte man doch ein paar Feindbilder abbauen, die das Leben so bequem machen. Vielleicht könnte man doch behutsamer werden und kritischer gegenüber der eigenen Rechthaberei. Vielleicht ergäbe sich eine Gesinnung, in der man den Frieden verantwortlicher bewahrte - und erfolgreicher dazu. Es wäre manchem geholfen, wenn er sich die Bergpredigt wenigstens unter das Kopfkissen legte. Immerhin könnte er davon träumen, daß, wer zu einem Menschen eines anderen Volks sagt: Du Verbrecher!, in seinem Herzen bereits mitten im Krieg ist.

Und was uns kleine Leute angeht: Ich höre immer wieder den Satz, auf die Russen angewandt: Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Frömmsten sind selbstverständlich wir, und der Böse ist immer der Nachbar. Wäre es nicht möglich, daß wir dieses kindische Spiel beendeten und erwachsen würden und einen Anflug von Selbsterkenntnis in die Politik einbrächten? ...

Auf den Brief an Kaiser Wilhelm II. hin geschah nichts. Er war unwichtig. Heute erleben wir eine Öffentlichkeit, die auf die sogenannte Friedensbewegung nicht nur erregt, sondern zuweilen neurotisch reagiert...

Unsere Kirchen haben sich inzwischen kaum verändert. Sie sind gewiß alles andere als Kirchen von Pazifisten. Und was die Friedensbewegung betrifft, so wird sie noch einen weiten Weg haben, ehe sie fähig sein wird, mit den Gedanken der Gewaltlosigkeit praktische Politik zu machen. Wir haben es einfach nicht gelernt. Wir haben es nicht geübt. Wir sind alle noch viel zu sehr angefüllt mit Furcht.

Aber eins ist sicher: Die Christen sind aufgerufen, diesen Weg zu suchen. Und ich glaube, daß keine sechs bis acht Jahre mehr vergehen werden, bis wir, jedenfalls die meisten unter uns, begriffen haben, daß abseits der Weisungen Jesu, abseits einer auf gewaltlose Methoden gestellten Politik, auf diesem Erdball überhaupt nichts mehr geht.

Wer gewaltlos gegen Gewalt kämpft, führt seinen Kampf nicht gegen Menschen, sondern stets um Menschen. Er will den Feind zum Freund gewinnen. Er ist nicht gegen ihn, sondern für ihn. aus: Jörg Zink, *Wie übt man Frieden?* Kreuz-Verlag 1982

„Auch wenn man Dich

Franziskus – ein Kriegsdienstgegner nach dem Evangelium

Von Pater Thomas Folger, OFM, Bonn

Während einer Reise in den Orient wird Franz von Assisi mit der grausamen Kriegsrealität der Kreuzzüge konfrontiert: er erlebt Feindschaft, Haß und die Vernichtung der Andersgläubigen „im Namen Jesu Christi“. In dieser Situation stehen Franziskus und seine Brüder mit ihrem Glauben an die Brüderlichkeit aller Menschen und ihrem Festhalten an den gewaltfreien „Waffen der Soldaten Jesu“ auf völlig verlorenem Posten. Aber sein Gewissen zwingt Franziskus zum Handeln. „Es wäre ja nicht das erste Mal, daß man ihn für einen Narren hält.“

erhofft werden, dann muß man die Schlachten mit den Waffen des Geistes schlagen.“

Von Franz von Assisi wird eine Begebenheit berichtet, deren Bedeutung und Tragweite wir erst heute richtig zu ermessen beginnen. Im Jahre 1219 brach er – einen lange gehegten Herzenswunsch realisierend – zu einer Reise in den Orient auf. Das eigentliche Ziel dieser Reise war der Besuch des Heiligen Landes, der Stätten, an denen sich das irdische Leben Jesu abgespielt hatte, „Dessen Evangelium zu leben und Dessen Fußspuren zu folgen“ seit seiner Bekehrung der Hauptinhalt seines Lebens war. Während Franziskus diese Reise unternahm, wurde gerade von einem christlichen Kreuzfahrerheer ein kriegerischer Feldzug – ein Kreuzzug – gegen die Mohammedaner unternommen. Es war der fünfte in einer Serie von Feldzügen, die nach der Eroberung der heiligen Stätten in Palästina und Jerusalem durch die Mohammedaner im Jahre 1095 im französischen Clermont durch Papst Urban II. eingeleitet worden war.

nicht verborgen, was von christlichen Kämpfern gegen die Anhänger Mohammeds geplant wurde: ein Vernichtungsschlag gegen den Sultan von Ägypten.

Der Konflikt

Schon seit vielen Monaten belagerte ein christliches Kreuzfahrerheer die Festung Damiette, nach deren Fall man sich die Eroberung von Kairo erhoffte. In dieser Situation hat Franziskus – wie sein Biograph Thomas von Celano berichtet – folgendes getan: „Zu der Zeit, als das Heer der Christen Damiette belagerte, war auch der Heilige mit seinen Gefährten zugegen. Denn aus glühendem Verlangen nach dem Martyrium waren sie über das Meer gefahren. Als sich nun die Unsrigen zum Kampfe rüsteten und der Heilige davon hörte, betrübte es ihn sehr, und er sagte zu seinem Begleiter: „Wenn der Zusammenstoß erfolgt, dann wird es, wie mir der Herr zeigte, für die Christen nicht gut enden. Sage ich es, so hält man mich für verrückt; schweige ich aber, so werde ich meinem Gewissen nicht entinnen. Was meinst du?“ Da entgegnete sein Gefährte: „Vater, halte es für nichtssagend, von den Menschen gerichtet zu werden. Denn es wäre nicht das erste Mal, daß man dich für einen Narren hält (weil du das Evangelium lebst). Entlaste dein Gewissen und gehorche Gott mehr als den Menschen!“ Da sprang der Heilige auf und richtete heilsame Mahnworte an die Christen. Um den Kampf zu verhindern, kündigte er die Niederlage an. Jedoch die Wahrheit wurde verspottet. Sie verhärteten ihre Herzen und wollten nicht darauf hören. Anschließend schildert Celano die Niederlage der Christen und läßt den Bericht mit der folgenden Mahnung an die Mächtigen ausklingen: „Möchten doch die Fürsten der Erde dies erkennen und wissen, daß es nicht leicht ist, gegen Gott, d.h. gegen den Willen des Herrn zu kämpfen. Ein Ende mit Schrecken pflegt der dreiste Übermut zu nehmen, da er durch das Vertrauen auf die eigene Kraft keine Unterstützung vom Himmel verdient. Wenn nämlich der Sieg von oben soll

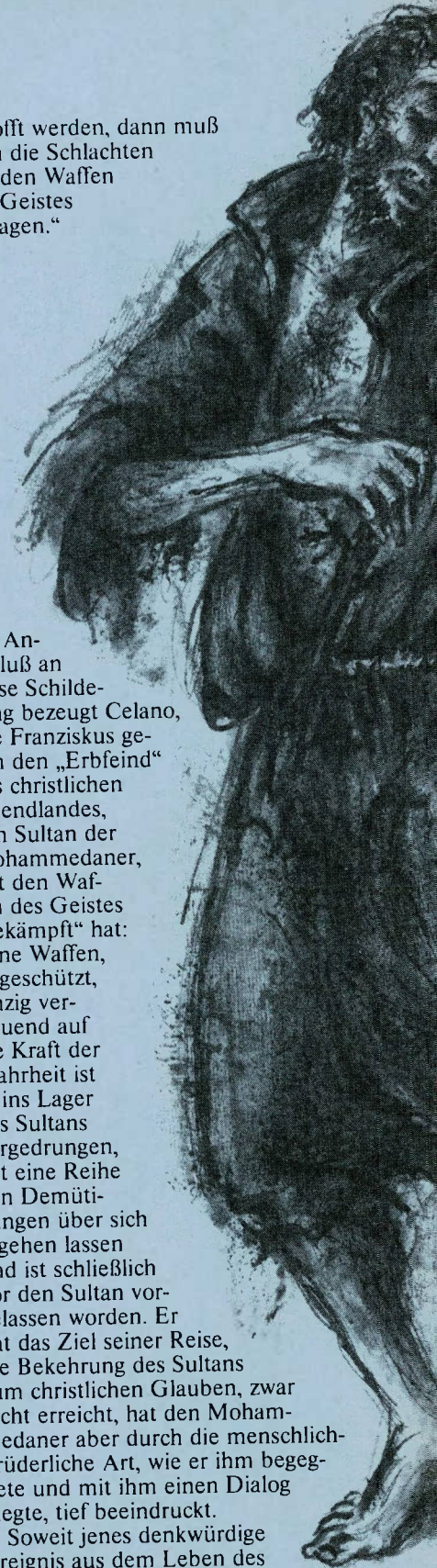
Kriege zur „Ehre Christi“

„Zieht zum Heiligen Land! Entreißt das Land den schändlichen Händen der Moslems! Wer die Pilgerfahrt unternemen will, der trage das Kreuz auf der Stirn und der Brust!“ Dieses Wort bildete das Startsignal einer Reihe äußerst grausamer Feldzüge christlicher Kreuzfahrer in den Orient, in denen sie die in die Hände der Mohammedaner gefallen heiligen Stätten zurückeroberten und so „die geschändete Ehre Christi wiederherstellen“ sollten. Streng religiöse Persönlichkeiten, wie der Einsiedler Peter von Amiens und Bernhard von Clairveaux, griffen den Aufruf des Papstes auf, verbreiteten ihn in den Ländern des christlichen Abendlandes und erzeugten eine wahre Kreuzzugsbegeisterung, die aus einer Mischung von Abenteuerlust und Heilssicherungsstreben bestand.

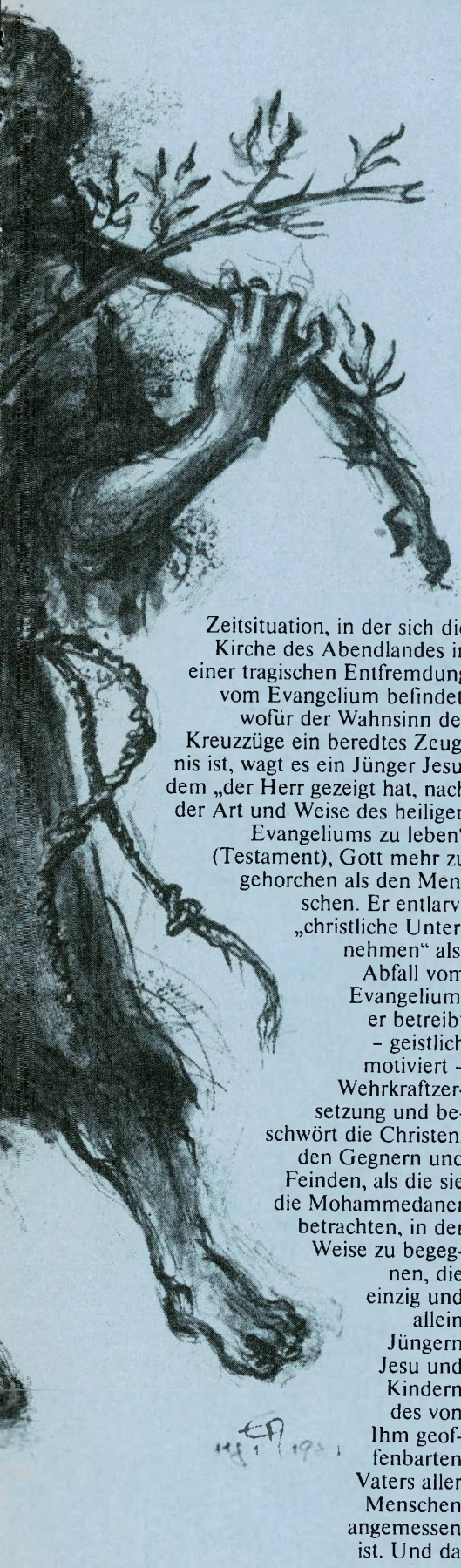
Vor diesem geistlich-geschichtlichen Hintergrund ist auch jener 5. Kreuzzug christlicher Kreuzfahrer zu sehen, der gerade zu dem Zeitpunkt stattfand, als Franziskus seine Reise in den Orient unternahm. Dort blieb ihm natürlich

Im Anschluß an diese Schilderung bezeugt Celano, wie Franziskus gegen den „Erbfeind“ des christlichen Abendlandes, den Sultan der Mohammedaner, mit den Waffen des Geistes „gekämpft“ hat: ohne Waffen, ungeschützt, einzig vertrauensvoll auf die Kraft der Wahrheit ist er ins Lager des Sultans vorgedrungen, hat eine Reihe von Demütigungen über sich ergehen lassen und ist schließlich vor den Sultan vorgelassen worden. Er hat das Ziel seiner Reise, die Bekehrung des Sultans zum christlichen Glauben, zwar nicht erreicht, hat den Mohammedaner aber durch die menschlich-brüderliche Art, wie er ihm begegnete und mit ihm einen Dialog pflegte, tief beeindruckt.

Soweit jenes denkwürdige Ereignis aus dem Leben des Franziskus, das uns Christen des 20. Jahrhunderts Wesentliches zu sagen hat. In einer



einen Narren nennt!“



Zeitsituation, in der sich die Kirche des Abendlandes in einer tragischen Entfremdung vom Evangelium befindet, wofür der Wahnsinn der Kreuzzüge ein beredtes Zeugnis ist, wagt es ein Jünger Jesu, dem „der Herr gezeigt hat, nach der Art und Weise des heiligen Evangeliums zu leben“ (Testament), Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Er entlarvt „christliche Unternehmen“ als Abfall vom Evangelium, er betreibt – geistlich motiviert – Wehrkraftzersetzung und beschwört die Christen, den Gegnern und Feinden, als die sie die Mohammedaner betrachten, in der Weise zu begegnen, die einzig und allein Jüngern Jesu und Kindern des von Ihm geoffenbarten Vaters aller Menschen angemessen ist. Und da

er die Christen unbußfertig und verhärtet, ohne Lern-fähigkeit und Lernbereitschaft erlebt, statuiert er ein Exempel, und begegnet selbst dem Feind und Gegner des christlichen Abendlandes in der Weise, wie es Jesus Seinen Brüdern und Schwestern in der Bergpredigt nahegelegt hat (Mt. 5, 43-48).

Bekenntnis und Verkündigung

Nach seiner Rückkehr aus dem Orient hat Franziskus diese Begegnungsweise mit den Mohammedanern allen Brüdern, die in den Orient ziehen, ans Herz gelegt. Er schreibt in der nichtbestätigten Regel: „Die Brüder, die hinausziehen, können in zweifacher Weise unter ihnen geistlich wirken. Eine Art besteht darin, daß sie weder Streit noch Zank beginnen, sondern um Gottes willen allen Menschen untertan sind und bekennen, daß sie Christen sind. Die andere Art ist die, daß sie, falls sie es als gottwohlgefällig erkannt haben, das Wort Gottes verkünden ... , denn der Herr sagt im Evangelium: „Jeder, der Mich vor den Menschen bekennt, den werde auch Ich vor Meinem Vater im Himmel bekennen ... Und alle Brüder sollen bedenken, daß sie sich selbst dem Herrn Jesus Christus geschenkt und Ihm ihren Leib überlassen haben. Diesen müssen sie deshalb aus Liebe zu Ihm den sichtbaren und unsichtbaren Feinden aussetzen ...“

Kriegsdienstverweigerung als geistliche Verpflichtung

Erleuchtet vom Evangelium hat Franziskus einer Kirche und Gesellschaft, die sich nach Jesus Christus benannte, aber in ihrem praktischen Verhalten Ihm weit entfremdet war, den Weg des Evangeliums, Feinden zu begegnen, in Erinnerung gerufen. Sein Verhalten während des 5. Kreuzzuges in Ägypten hat das besonders deutlich gemacht. Bei vielen anderen Gelegenheiten in den Bürgerkriegen der italienischen Städte hat er in ähnlicher Weise eingegriffen und den in Haß und zerstörerischer Gewalt verirrten Christen immer wieder deutlich zu machen versucht, daß ein solches Verhalten mit der Gotteskindschaft und der Jesus-bruderschaft unvereinbar ist. Seine Verkündigung des Evangeliums in dieser Frage hatte zur Folge, daß nicht

nur die Brüder seiner Bruderschaft jeglicher Anwendung von Waffengewalt gegen Feinde und Verfolger ablehnten, sondern daß auch die Angehörigen einer Laiengemeinschaft, die sich um die Gemeinschaft der Brüder bildete, die Anwendung von Waffengewalt verweigerten und Kriegsdienstverweigerung als geistliche Verpflichtung betrachteten. Es gibt Zeugnisse dafür, daß sich Päpste für diese franziskanischen Menschen, von denen viele wegen ihrer Abhängigkeit von Feudalherren in Konflikt mit dem Staat gerieten, mit Schutzbriefen eingesetzt haben. Für Franziskus stand aus seinem Gehorsam gegenüber dem heiligen Evangelium unseres Herrn Jesus Christus das eine fest: Krieg und Anwendung von mörderischer Gewalt darf es für Brüder und Schwestern Jesu nicht geben.

In Demut gegen die Gewalt

Es erscheint uns heute fast unbegreiflich, wie Franziskus in der Kirche und Gesellschaft des kriegerischen Mittelalters eine solche Position vertreten konnte, ohne gelyncht und gekreuzigt zu werden. Einer der Gründe, warum er diese Evangeliumsverkündigung lebend überstanden hat, ist wohl der, daß Franziskus diese Kernwahrheit des Evangeliums demütig und ohne Arroganz und Aggression verkündet hat. Denn ebenso wie bei der Predigt der evangelischen Armut, war ihm auch bei seiner eindringlichen Predigt der evangelischen Gewaltfreiheit demütig bewußt, daß er früher, als er „in Sünden war“, selbst einmal so blind gewesen war und hab-süchtig und gewalttätig gelebt hatte. In seiner Jugend hatte er sich an der Rebellion der Bürger Assisis gegen den Burggrafen und die Adligen Assisis beteiligt und die Rocca mitgeschliffen. Zwei Jahre später nahm er teil an der Schlacht zwischen den Bürgern Assisis und den mit der verfeindeten Nachbarstadt Perugia verbündeten Adligen Assisis. Und als er nach einem Jahr Gefangenschaft in Perugia wieder entlassen war und eine schwere Krankheit überstanden hatte, da hatte er noch einmal in einen Krieg mitziehen und sich die Sporen für den Aufstieg ins Rittertum verdienen wollen.

Brüderlichkeit und Liebe

Unterwegs zu diesem Unternehmen hat ihn der Herr aus seiner Blindheit befreit und hat ihn zu der Erkenntnis kommen

Die gewaltfreie Aktion

Mittel und Methoden im schematischen Aufbau

von Hildegard Goss-Mayr

Auch wenn Phantasie und Kreativität notwendige Bestandteile der gewaltfreien Strategie sind, und die Beteiligten einander auch Hoffnung und Spaß vermitteln müssen, so ist die gewaltfreie Aktion als zielgerichtete Handlungsmethode dennoch in erster Linie eine nüchterne und ernste Sache. Nicht die Aktion um der „Äktschn“ willen ist das Ziel, sondern die Entwicklung einer gewissenhaften gewaltfreien Handlungsstrategie gegen herrschendes Unrecht.

Der folgende Beitrag ist die Zusammenfassung eines Buchtextes, der von einer international erfahrenen gewaltfreien Kämpferin verfaßt wurde. Er bietet einen Überblick über die Wesensmerkmale und die sorgfältig aufeinander abgestimmten Steigerungsstufen gewaltfreier Aktionsformen.

meinschaftlich gestärkt und erneuert werden. Hierher gehört auch die Erziehung zur Bereitschaft zum Opfer. Der gewaltfrei Engagierte weiß, daß für die Überwindung von Unrecht von ihm und nicht vom Gegner ein Preis zu zahlen ist; daß sein Einsatz, seine Opfer ihn selbst befreien und eine Kraft freisetzen, die es seinem Gegner ermöglicht, zu einer neuen, gerechteren Haltung zu gelangen.

Die äußere Vorbereitung:

Das Erlernen gewaltfreien Verhaltens:

Zur Vorbereitung:

Die Analyse des Konfliktes

Aufgabe der Analyse ist es, in möglichst objektiver Weise die Gegebenheiten, die ein Unrecht darstellen, aufzudecken und in einem fortschreitenden Prozeß das gesamte Problem zu erfassen. Durch sie versucht der Gewaltfreie, die „Wahrheit“, das heißt die Realität, die Wirklichkeit einer Situation und des in ihr existierenden Unrechts zu begreifen und zu erfassen.

Die für den gewaltfreien Kampf zu erstellende Analyse erfordert über die Feststellung der Wahrheit der Betroffenen hinaus das Bemühen, die **Wahrheit der Gegenseite** miteinzubringen.

Je größer der Wahrheitsgehalt, desto unangreifbarer, desto überzeugender und wirksamer ist er als Waffe des gewaltfreien Kampfes. Hier wird bereits deutlich, daß die Kraft der gewaltfreien Aktion in ihrem geistigen Potential, das heißt in der Kraft der Wahrheit und Liebe, liegt.

Die Vorbereitung

der Basisgruppen:

Die Basisgruppe ist ein äußerst wichtiges Element im gewaltfreien Kampf. Von ihrer Überzeugungskraft, Ausbildung und Ausdauer hängt der Erfolg des Kampfes ab.

Eine intensive geistige und praktische Ausbildung ist unerläßlich.

Zunächst zur inneren Vorbereitung:

Da die gewaltfreie Aktion geistige Kräfte zur Lösung konkreter Konflikte einsetzt, ist es erste und vordringlichste Aufgabe der Basisgruppe, sich die gewaltlose Grundhaltung zu erarbeiten und den Glauben an die umgestaltende Kraft der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Liebe zu vertiefen.

Die gefestigte innere Überzeugung der Gruppe ist ausschlaggebend für ihre Stoßkraft und Wirksamkeit; deshalb müssen während des gesamten Kampfes die geistigen Kräfte ständig und ge-



Demo in Wackersdorf. Die alten Steine sind geschützt – was schützt die Menschen Photo: W. Schulz

Wir müssen uns darin üben und lernen, unsere Reflexe, unser Denken und Handeln zu beherrschen, sie durch unseren Geist zu kontrollieren und zu leiten.

Gewaltlosigkeit ist eine **Lebenshaltung**. Sie kann nur in ständigem Kampf des Menschen mit sich selbst und durch unermüdete Praxis wachsen und reifen.

Eine weitere Aufgabe der Gruppe ist es, jene gewaltfreien Methoden auszuwählen, die im eigenen Konflikt angewendet werden müssen. Sie erarbeitet die Analyse und die **Strategie** der Aktion.

Die Methoden:

1. Der Dialog

Der Dialog ist die erste, „leichteste“ Waffe des gewaltfreien Widerstandes, und zugleich sein Grundpfeiler. Er wird in sämtlichen Phasen des Kampfes in verschiedenen Formen angewandt.

Den Dialog aufgeben, ist ein Akt der Verzweiflung am Menschen, ein Sieg des Gewalt Denkens. Bricht der Gegner den Dialog ab, werden die Betroffenen durch verschiedene Aktionen und Kampagnen im persönlichen und öffentlichen Bereich die Wiederaufnahme erkämpfen.

Unsere sogenannten 'Dialoge' sind jedoch meist zwei Monologe, in denen jeder „seine Wahrheit“ dem anderen entgegenhält, ja aufzuzwingen versucht, was lediglich zur Verhärtung der Fronten führen kann. Der echte Dialog muß erlernt werden.

Die Stufen des Dialoges sind:

1. Die Wahrheit des Gegners entdecken.

Auch der Gegner hat positive Leistungen aufzuweisen, die wir anerkennen und schätzen müssen. Indem wir diese Anerkennung seiner Person an den Anfang des Gespräches stellen, durchbrechen wir die Mauern der Vorurteile, suchen menschlich und sachlich eine Ausgangsbasis für einen echten Meinungsaustausch zu schaffen.

2. Die eigene Mitschuld am Konflikt aufdecken und eingestehen.

Dies gilt auch dann, wenn es sich hier nur um die bisher geübte Passivität handelt. Das Eingestehen der eigenen Schwäche und Mitverantwortung ist ein sehr wirksamer Angriff aus der Kraft der Wahrheit auf das Gewissen des Gegners. Es fordert ihn heraus, Mitverantwortung an dem Unrecht einzugestehen.

3. Die Darstellung des Unrechts (Oder das Bezeugen der Wahrheit).

Das Unrecht, das vorliegt, soll möglichst objektiv, das heißt der Wirklichkeit entsprechend, gezeigt und verurteilt werden. Dabei geht es nicht darum, die Person oder die Gruppe des Gegners durch negative Kritik herunterzumachen, sondern den Sachverhalt, die Verletzung menschlicher Rechte eindeutig

herauszuarbeiten und so zu verurteilen, daß diese Verurteilung zur gemeinsamen Lösung des Konfliktes herausfordert.

4. Das Einbringen konstruktiver Vorschläge zur Lösung des Problems.

Nicht der Gegner soll aus seiner Sicht, sondern die Betroffenen sollen aus der konkreten Erfahrung des Unrechts heraus Lösungsvorschläge einbringen und zur Diskussion stellen.

Sollte der Dialog unterbrochen oder gar abgebrochen werden, so muß die Fortsetzung „erkämpft“ werden. Dazu dient die direkte Aktion.

2. Die direkte Aktion

Die direkte Aktion ist nichts anderes, als ein Verlegen des Dialoges in die Öffentlichkeit. Ihr Ziel besteht darin,

- das bestehende Unrecht öffentlich aufzuzeigen und damit eine Meinungsbildung auf breiter Ebene zu erreichen, die ihrerseits eine Verbreiterung der Basis der Mitarbeiter bewirkt.

- durch die Verbreiterung der Basis und das Aufrollen der Problematik in der Öffentlichkeit einen wachsenden moralischen und politischen Einfluß auf die verantwortlichen Gruppen auszuüben, das heißt, die Betroffenen werden durch diese Unterstützung ein gewichtigerer Partner, eine gesellschaftliche Kraft.

Jede Aktion ist abhängig sowohl vom Stand des unterbrochenen Dialogs, von der Haltung des Gegners und von den Möglichkeiten, die für jede Aktion völlig verschieden sein können.

Die Gewaltfreiheit ist eine höchst dynamische Kraft. Diese Dynamik erfordert ein Höchstmaß an Sensibilität, Kreativität und Flexibilität. Einfühlungsvermögen in die jeweilige Situation des Gegners, Beweglichkeit in der Wahl der Mittel und Phantasie auf der Suche nach immer neuen Lösungsmöglichkeiten sind das wertvollste Kapital der Gewaltfreien.

Die direkte Aktion trägt den Kampf in die Öffentlichkeit: ihr gewaltfreier Charakter muß deshalb besonders klar und eindeutig in Erscheinung treten. Dies setzt vertiefte geistige und praktische Vorbereitungen voraus:

1. Die innere Vorbereitung der Teilnehmer an der Aktion:

Da es zur Konfrontation mit Bevölkerungsgruppen oder mit der öffentlichen Ordnungsmacht kommen kann, müssen die Beteiligten fähig sein, sich Angriffen gegenüber gewaltfrei zu verhalten, gewaltfrei zu diskutieren auf der Grundlage des gewaltfreien Dialogs, wie oben beschrieben, und alle Konsequenzen ihres Handelns freiwillig auf sich zu nehmen.

2. Die Sicherung des gewaltfreien Charakters der direkten Aktion:

- Formulierung der Texte und Slogans,
- Art der Gespräche,

- Disziplin,
- Art der Darstellung.

3. Die Planung und die Disziplin:

Jede direkte Aktion muß, den Gegebenheiten entsprechend, sorgfältig geplant werden (Ort, Zeit, Dauer, Abwicklung). Beschlüsse über Verhalten bei Störungen von außen oder innen müssen gefaßt, bei großen Aktionen eigene, gekennzeichnete Ordner eingesetzt werden. Jeder verpflichtet sich freiwillig, sich an die gemeinsam gefaßten Beschlüsse zu halten.

4. Die Auswertung:

Gleichgültig, ob und wie erfolgreich eine direkte Aktion war, sie muß ausgewertet werden. Aus Fehlern und Mißerfolgen lernt man.

3. Der Zivile Ungehorsam

- die Nonkooperation

Zivilen Ungehorsam leisten heißt, sich kollektiv zu weigern, ungerechten Gesetzen und Verordnungen zu gehorchen, und die Konsequenz solchen Handelns auf sich zu nehmen. Man verweigert kollektiv die Zusammenarbeit mit einem ungerechten System oder Regime, um ihm die Möglichkeit, weiter zu herrschen, zu entziehen.

Die Anwendung dieser schweren Waffe kann erst nach Ausschöpfung der vorerwähnten erfolgen. Sie verlangt intensive Vorarbeit und die Mitwirkung der Mehrheit des Volkes, Disziplin und Opferbereitschaft in einem Kampf, bei dem es um schwerwiegende Anliegen eines Volkes geht.

Das konstruktive Programm

Das angestrebte Ziel wird ansatzweise vorweggenommen durch den Aufbau von Modellen, in denen die neue Situation, die gerechte, brüderliche Gesellschaft bereits verwirklicht ist, zum Beispiel:

- Betriebe, in denen Mitbestimmung oder Selbstverwaltung errichtet wird,
- gewaltfreie Arbeit mit Randgruppen, z. B. Gefangenen-,
- rassische Integration von Gemeinschaften in ausgegliederten Gebieten,
- Lebensstil der gewaltfrei Engagierten und so fort.

Die Planung der neuen Gesellschaft: Schulen, Betriebe, Wirtschaft, Politik, Sozialstruktur, internationale Beziehungen, Abrüstung! Hierher gehört auch die Auseinandersetzung über Modelle eines gewaltfreien Sozialismus mit ausgeprägten Formen der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, die besonders in Frankreich, in Lateinamerika und einigen afrikanischen Staaten begonnen hat, bestrebt, über den Privat- und Staatskapitalismus hinaus neue und menschlichere Gesellschaftsformen zu entwickeln.

Auszug aus: Hildegard Goss-Mayr, Der Mensch vor dem Unrecht - Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung. Wien 1976. Europaverlag



Rechtsanwälte verbrennen ihre Gesetzbücher und Diplome aus Protest gegen den Freispruch des philippinischen Armeechefs, General Fabian Ver.
Photo: dpa / epd

Die Unterdrücker zur Wahrheit führen.

von Jean und
Hildegard Goss,
Manila / Paris

Die Gewaltfreie Bewegung auf den Philippinen

Über die besondere Rolle der philippinischen gewaltfreien Bewegung Akkapka im Befreiungskampf des philippinischen Volkes berichten Jean und Hildegard Goss, die auf internationaler Ebene vor allem unter den Christen die gewaltfreie Bewegung auf- und ausbauen. Beide sind Vizepräsidenten im „Internationalen Versöhnungsbund“ (IFOR).

Auf der Suche nach einem dritten Weg, nach einer gewaltfreien Alternative im Befreiungskampf gegen das Marcos-Regime, war die Gründung von Akkapka die Antwort. Der Befreiungs-

kampf hatte sich als bewaffneter Widerstand unter Führung der extremen Linken organisiert. Zahlreiche junge Menschen, die keinen anderen Weg des Widerstandes kannten, schlossen sich der Guerilla an. Bis dann die Ermordung des Oppositionsführers Ninoy Aquino eine Welle gewaltfreier Initiativen auslöste. Im Frühjahr 1984 teilte „Putz“ Aquino, Bruder des ermordeten Politikers, unsere Überzeugung, daß ein breiter und dauerhafter gewaltfreier Widerstand ohne Schulung chancenlos sei. „Putz“ nahm daraufhin an einem unserer Schulungskurse teil.

Trainingskurse mit Bischöfen, Bauern und Studenten

Über die Vermittlung des Bischofs Claver, der bereits in seiner Diözese in Mindanao mit Methoden der Gewaltlosigkeit arbeitete, interessierte sich eine Gruppe von 30 Bischöfen für einen Kurs in Gewaltlosigkeit, den wir dann speziell für sie durchführten. An weiteren Seminaren nahmen Studentenführer, Intellektuelle, Gewerkschaftsführer, Sozialarbeiter, Ordensleute und Vertreter aus den Bauernbewegungen teil. Am Ende dieser Schulungskurse formierte sich die Bewegung Akkapka unter Leitung des Jesuiten José Blanco und von Tess Ramiro, einer Mutter von zwei Kindern.

Unter dem Druck der Situation leistete die neue Bewegung hervorragende Arbeit. Nach 18 Monaten verfügte die Akkapka über ein Sekretariat mit fünf bezahlten Mitarbeitern und 30 ehrenamtlichen Mitarbeitern, die für die Schulung (40 Seminare in einem Jahr!) Nacharbeit, Spiritualität, Publikationen, Analyse und Forschung sowie Finanzen verantwortlich ist. Das Jahresbudget betrug rund 40 000 US-Dollar, wovon rund die Hälfte in den Philippinen aufgebracht wurde, der andere Teil durch europäische kirchliche Hilfsorganisationen. In 30 Provinzen wurden Basisgruppen und Kontakte aufgebaut. Vorrang hatte die Arbeit an der Basis mit den armen Bevölkerungsschichten. Einige Diözesen luden Akkapka zu Schulungskursen in Gewaltfreiheit für Klerus und Pastoralarbeiter ein. Vertreter von 27 Basisgemeinden treffen sich wöchentlich in Manila.

Gewaltfreies Zentrum im Bankenviertel

Mit Ankündigung der Wahlen wurden alle Kräfte der Bewegung auf das Ziel „neue Regierung“ konzentriert. Die Bürger wurden zum Wählen motiviert und aufgefordert, sich *Namfrel*, den Bürgerkomitees zur Überwachung der Wahlen und Stimmauszählung, zur Verfügung zu stellen und sich im gewaltfreien Verhalten auszubilden. Allein in Cebu hat Akkapka beispielsweise mehrere hundert Personen als „citizens for watching“ ausgebildet.

Da der massive Wahlschwindel und der daraus resultierende Sieg von Marcos vorauszusehen war, wurden alle möglichen Szenarios durchgesprochen und entsprechende Formen gewaltfreien Widerstandes überlegt. Die erarbeiteten Konzepte wurden an wichtige Organisationen und an die Kirchenführung übermittelt.

Im Herzen des Finanzviertels von Manila wurde eine Zeltstadt für Fasten und Gebet und die Schulung im gewaltfreien Widerstand errichtet. Devise: „Unser Widerstand richtet sich nicht gegen

Fleisch und Blut, sondern gegen die Mächte des Bösen, der Unterdrückung, der Gewalt, der Lüge, der Einschüchterung, des Terrors. Sie müssen durch Fasten und Gebete ausgetrieben werden.“ Seit dem 15. Januar wurde an diesem Ort – und in zehn weiteren Zeltstädten – ununterbrochen gefastet, gebetet und die Gewaltfreiheit erlernt, in Gottesdiensten in prophetischer Weise der

Kampf mitgetragen, die Wahrheit bezeugt, Freund und Feind ins Gebet eingeschlossen. „Tent-City“ symbolisierte das Zelt Gottes unter den Menschen, der das Volk aus der Gefangenschaft befreit.

Der Einfluß der Kirche

In der gegenwärtigen Krise des „Umbruchs“ spielt die Kirche in dem Bemü-

hen, den Widerstand gewaltfrei zu halten, eine wichtige Rolle. Nicht vergessen darf man, daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung in Gewaltlosigkeit ausgebildet ist und daß das Volk in starker emotionaler Spannung lebt. Aufgabe der Kirche im Rahmen der gewaltfreien Strategie ist es daher, sich als Ort anzubieten, an dem die Menschen sich versammeln, aussprechen, „abreagieren“ ▶



Philippinisches Glaubensbekenntnis

Vor zwei Jahren ist auf den Philippinen die „Aktion für Frieden und Gerechtigkeit AKKAPKA“ entstanden, eine Bewegung von Christen, die mit aktiver Gewaltfreiheit für gerechtere Verhältnisse in der Marcos-Diktatur kämpfen. Das „Credo“, das Glaubensbekenntnis dieser gewaltfreien Christen lautet:

Wir sind ein Volk Gottes. Wir glauben an Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden, vor allem aber an den absoluten Wert des Menschen und die Solidarität aller Völker.

Wir widersetzen und allen Formen von Unrecht und Unterdrückung, die gegenwärtig in unserer Gesellschaft vorherrschen: den autoritären Regierungsformen, der Diskriminierung der Armen, den schweren Verletzungen der Menschenrechte, der Fremdherrschaft über unser Wirtschaftssystem, unsere Politik und Kultur.

Wir verpflichten uns für den Aufbau und die Erhaltung einer gerechten philippinischen Gesellschaft. Doch in allem, was wir tun, geloben wir: niemals zu töten, niemals zu verletzen, unsere Unterdrücker zur Wahrheit zu führen und in unserem Kampf geeint zu bleiben.

Daß dieses Credo zu unserer Lebensweise werde, darum bitten wir Gott in Demut: Er möge uns mit seiner Hilfe zur Seite stehen. Wir bitten auch jede Schwester und jeden Bruder, uns aufmerksam zu machen, wo es uns nicht gelungen ist, diesem Credo treu zu sein.

können. In den Gottesdiensten müssen sie Beharrlichkeit im Widerstand erlernen und neue Hoffnung schöpfen.

Durch die Entscheidung, sich endgültig von dem ungerechten Regime Marcos loszusagen, hat die Kirche ihren mächtigen, moralischen Einfluß und ihr politisches Gewicht voll der Frau Aquino zur Verfügung gestellt, eine Entscheidung, die zum ausschlaggebenden Faktor für die Überwindung der Diktatur wurde. Dabei spielte nicht nur das große Verhandlungsgeschick von Kardinal Sin eine wesentliche Rolle, sondern auch der mehrjährige, unermüdliche Einsatz einer wachsenden Anzahl von Bischöfen, an der Spitze Bischof Claver, die in ihren Diözesen durch Basisgemeinden wie auch innerhalb der Bischofskonferenz das Engagement für die Armen und Unterdrückten sowie die befreiende Kraft der Gewaltlosigkeit mutig vorantreiben. Ihnen und ihren Gläubigen blieb die Verfolgung, vor allem durch die Militärs, nicht erspart.

„Die Witwe eines Gerechten“

Und Cory Aquino? Wir lernten sie im Februar 1984 kennen, als sie zu unseren Vorträgen kam. Sie lud uns zu sich ein. Diese betont schlicht gekleidete Frau

(53), Mutter von vier Kindern, die ihren Mann sieben Jahre im Gefängnis und später ins Exil begleitete und Zeugin seiner „Umkehr“ zu einer Politik aus der Radikalität des Evangeliums wurde, sagte uns damals, sie habe nicht die Absicht, sich politisch zu engagieren. „Ich sehe meine Rolle darin, treibende Kraft der moralischen Erneuerung unseres Volkes zu sein.“ Jetzt wurde sie zum Symbol dessen, was dem korrupten, unterdrückerischen Marcos-Regime radikal entgegengesetzt ist. Sie ist die Witwe eines „Gerechten“, der sein Leben hingab für sein Volk – das hinter allem zur Schau getragenen Machismo matriarchalisch ist. Jetzt wird der gewaltfreie Kampf um die Erneuerung der Gesellschaft folgen müssen.

Übrigens: Eine besondere Würdigung möchten wir Radio „Veritas“ aussprechen, dem katholischen Oppositionssender, der unter großem Risiko furchtlos den Widerstand koordinierte, beständig zu Gewaltlosigkeit aufrief, der Cory Aquino und Kardinal Sin täglich auf dem gesamten Staatsgebiet Stimme verlieh – und dabei niemals den für die Philippinos so charakteristischen Humor verlor.

aus: *Publik-Forum*, 7/86

... Fortsetzung von Seite 15

lassen, daß ein Diener und Soldat Gottes und Jesu nicht mit Waffen, die Leben vernichten, sondern mit geistlichen Waffen, die zwar auch zunächst niederreißen (nämlich Hochmut, Habsucht, Herrenmenschentum), aber letztlich aufbauen (Demut, brüderliches Verhalten, Zärtlichkeit), Kämpfe zu führen hat. Damals sind Franziskus die Waffen, die „Rüstung“, buchstäblich aus der Hand gefallen. Er blieb sein Leben lang dankbar dafür, daß der Herr ihm jene Fähigkeit, mit dem Herzen zu sehen, geschenkt hatte, aus der heraus er sagen konnte: „Allen Bruder sein, allen helfen, dienen ist, seit Er erschienen, Ziel allein.“ (Christian Morgenstern) Dankbar auch dafür, daß der Herr ihn von dem Zwang befreit hat, Menschen als Feinde betrachten zu müssen, daß Er ihm die Fähigkeit geschenkt hat, sie mit Seinen Augen und mit seiner Hoffnung anschauen und ihnen so des Menschen einzig würdig, nämlich brüderlich – begegnen zu können. Seine evangelische Brüderlichkeit ist bis heute ein unschätzbare Beitrag zu einer „Kultur und Zivilisation der Liebe.“

Spinner, Träumer, Utopisten

Gewaltfreiheit, so hört man immer wieder, sei ein hehres Ideal, aber es scheitere eben an den Menschen. Die Idee einer klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft sei eine nette Utopie, aber nun mal nichts für den politischen Alltag. „Utopie“, dieses Wort klingt dann immer ein bißchen nach „Blödsinn“, „Kinderei“ und Zeitverschwendung. Ist die Utopie wirklich etwas so negatives? Dazu folgender Ausschnitt aus einer Rede von Max Frisch:

Wozu die Utopie? Ob es die Utopie ist von einer brüderlichen Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen oder die Utopie einer Ehe ohne Unterwerfungen, die Utopie einer Emanzipation beider Geschlechter; die Utopie einer Menschenliebe, die sich kein Bildnis macht vom angard'schen Sinne, indem uns das allerwählen und dadurch in den Zustand manenten Spontaneität und Bereit- (nach Johann Wolfgang Goethe: alles in allem: die Utopie eines seins zwischen Geburt und Tod wertet, daß wir vor ihr nicht Scheitern noch Wert gibt. Sie uns zwar nicht von diesem sen eine Richtung gibt in gen. Ohne Utopie wären

(Auszug aus: Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1976, in: Max Frisch, *Forderungen des Tages*, suhrkamp tb 957)



Ostermarsch, Heilbronn 1985.
Photo: M. Storz

WUB Nr. 1/86, „25 Jahre Zivildienst“

Reportage von Burkhard Sauer, Volker Prockhoff und Frank Nakat über die ersten Ersatzdienstleistenden in der BRD

In dem ansonsten ausgezeichneten Artikel „25 Jahre Zivildienst“ kann man lesen, daß die ersten KDVer keine beruflichen oder privaten Nachteile hatten. Das freut mich, aber ich vermag es nicht zu glauben. Denn wenn die Situation wirklich so wäre, hätte es wohl keinen Grund gegeben, den Namen des ehemaligen EDL zu verschweigen. Die Geschichte des Zivildienstes ist mittlerweile recht lang, die soziale Wertschätzung der ZDL heute beachtlich. Doch solange die „Veteranen“ der Bewegung sich nicht zu diesem Status bekennen wollen oder können, ist der Weg noch weit. Die Protagonisten der Bundeswehr haben mit ihrer teilweise traurigen Tradition leider weniger Schwierigkeiten.

Hartwig Gierke

Die einseitige Meinung der Redakteure zu diesem Thema hat mich stark schockiert. 25 Jahre Zivildienst bedeutet auch die 25 Jahre andauernde Ausbeutung von ZDL als billige Arbeitskräfte. Zum Vergleich: ein Angestellter im öffentlichen Dienst kostet eine Dienststelle nach BAT 6 b 36320 DM. Ein ZDL, der die gleiche Arbeit verrichtet, kostet die Dienststelle nur 4208,95 DM jährlich!!! Darüberhinaus kann ein ZDL zu Arbeiten jeglicher Art herangezogen werden. ... Hat „Peter Wagner“ denn nie von der Einplanung der ZDL für den Krieg (§ 79 ZDG, unbefristeter Zivildienst) gehört? Unterlag er nicht der Zivildienstüberwachung (§ 23 ZDG)? Hat er in den letzten 25 Jahren nicht bemerkt, wie das Grundrecht auf KDV immer mehr eingeschränkt wurde? ... Was aber passiert zum 25-jährigen Jubiläum des Zivildienstes? Der Bundestag wird am 17.4.1986 den Zivildienst zukünftig auf 24 Monate verlängert haben. Das verschlechterte KDV-Gesetz von '84 wird an diesem Tag bestätigt und bis 1990 verlängert worden sein. Die verfassungswidrige Verlängerung des ZD um ein Drittel gegenüber dem Wehrdienst können wir nicht einfach hinnehmen. Sie ist erst die Spitze des Eisbergs!!! ... In der März-Ausgabe von WUB werden all diese „Schweineereien“ verschwiegen, obwohl (fast!?) jeder weiß, daß die 25-jährige Geschichte des Zivildienstes gekennzeichnet ist von der permanenten Unterordnung unter militärische Bedürfnisse und einer Geschichte des dauernden Verfassungsbruchs. 25 Jahre Zivildienst sind kein Grund zum Feiern!!!

Mit antimilitaristischen Grüßen
Andreas Wetzig

WUB Nr. 1/86 „Hintze bei Vertrauensleuten“

Bericht von Rolf Petzel über den Besuch von Peter Hintze auf einer Rüstzeit.

In dem Artikel heißt es, daß der Bundesbeauftragte sich den Forderungen der

ZDLs gegenüber, Vertrauensleute für ihre Tätigkeit zeitweise freizustellen, „recht aufgeschlossen“ zeige. Hintze wolle nachdenken und das Thema evtl. im Beirat ansprechen. Letzteres hat er getan. Dabei sind sich alle Vertreter im Beirat einig, daß die Möglichkeit, Vertrauensleute zu wählen, genutzt werden sollte. Einhellig wird das komplizierte Wahlverfahren kritisiert. In diesem Punkt sind möglicherweise Erleichterungen zu erreichen.

Mein Vorschlag, Sprechstunden für Vertrauensleute oder – noch besser – regelmäßige Vollversammlungen durch Regelungen im Leitfaden möglich zu machen, wird mehr mit Heiterkeit als mit Ernsthaftigkeit aufgenommen. Viele Vertreter befürchten, daß die ZDLs die Vollversammlungen zu politischer Arbeit nutzen könnten.

Ich habe in meiner bisherigen politischen Arbeit leider die Erfahrung machen müssen, daß eine echte Interessensvertretung für ZDL nicht gewünscht wird. Vielmehr bekommen es die Herren über uns mit der Angst zu tun, wenn sich ZDLs wirklich zusammenschließen – z. B. in Ortsgruppen der Selbstorganisation der ZDL (SOZDL).

Jochen Sievers, ZDL, Vertrauensmann und Vertreter der SOZDL im Beirat für den Zivildienst

Aktionstag

Am 17.4. war Streik- und Aktionstag der ZDLs in der ganzen BRD. Davon stand in Eurer Zeitung kein Wort der Ankündigung. Das hat mich deshalb so gereizt, weil meine Kollegen und ich uns ganz schön blöd vorkamen, als wir während dem Fahrdienst aus dem Autoradio hören mußten, daß heute unser Aktionstag gewesen war. Gerade für uns Zivis vom Land, weitab jeder SO-Strukturen, wäre Informationen durch ein Medium wie Euch wohl die einzige Möglichkeit gewesen, rechtzeitig was davon zu erfahren.

Mit allen möglichen Grüßen
ZDL Christian Rath

Die neue WUB

Die neue, etwas professionellere Aufmachung von WUB gefällt mir sehr gut. Besonders wichtig finde ich, die Zeitschrift in regelmäßig wiederkehrende Rubriken einzuteilen.

Ein Thema, das Ihr auch nie aus den Augen verlieren solltet, ist, was vor dem Zivildienst kommt; also Informationen und Tips über das KDV-Recht und die Anerkennungspraxis. Man ist sonst so schnell nicht mehr auf dem Laufenden und kann dem „Nachwuchs“ nicht mehr richtig helfen.

Die Seite „Schwarz auf Weiß“ ist eine ausgezeichnete Idee. Es ist schon lange an der Zeit, diese haarsträubenden Aberwitzigkeiten, die sich Prüfungskammern bei der Ablehnung von KDVern erlauben, in die Öffentlichkeit zu

tragen und dort zur Diskussion zu stellen. Ansonsten macht bitte weiter so, ich freue mich schon auf das nächste Heft.

Herbert Bochmann

Das neue Konzept ist ganz gut. Besonders gut ist die Idee, Fotos einzusetzen, da war bisher ein echtes Defizit. Dankbar bin ich auch dafür, daß der Info-Teil nicht mehr so eng bedruckt ist, das Auge liest schließlich mit. Allerdings wäre es bedauerlich, wenn dieser Effekt gleichzeitig einen Verzicht auf Quantität bedeuten würde, die Ankündigung, daß WUB dieses Jahr nur vier Ausgaben hat, deutet ja in diese Richtung. Trotzdem freut mich die neue WUB. Denn als Informationslieferant ist und bleibt WUB für mich auch 7 Jahre nach meinem Zivildienst wichtig.

In diesem Sinne, mit den besten Wünschen
Hartwig Gierke

Eure neue Konzeption hat mich nicht sonderlich beeindruckt. Außer Farbe und Lay-Out hat sich ja nicht viel geändert.

Christian Rath

Die WUB 1/86 finde ich recht gut. Sie hebt sich vor allem wohltuend vom „Der Zivildienst“ des BAZ ab. Was ich in WUB vermisste, sind Informationen zu den Regeln des Dienstbetriebes (Rechte und Pflichten). Da ist das Merkheft des BAZ zu dünn und der Leitfaden zu unverständlich.

Uwe Kindsvogel

WUB Nr. 1/86, „Vom Grund- zum Ausnahmerecht“

Siegfried Rupnow über die Geschichte des Art. 4/3 GG

Die Behandlung des Themas „Geschichte der KDV“ aus verschiedenen Perspektiven war sehr anregend. Kritik habe ich jedoch an Deinem Artikel, Siegfried, „Vom Grund- zum Ausnahmerecht“. Ich teile Deine Ansicht nicht, daß sich der Parlamentarische Rat vor allem durch folgende Grundmotive leiten ließ:

- Bekenntnis zu einer pazifistischen Grundhaltung
- pädagogisch-politische Wirkung
- Schutz des Gewissens von Minderheiten.

Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß man die Einführung des Grundrechts der KDV viel stärker als Ausdruck eines politischen Kalküls und Ergebnis politischer Kräfteverhältnisse sehen muß ...

Ich will nicht in Abrede stellen, daß auch moralische Vorstellungen von Politiker dazu beigetragen haben, ein KDV-Recht im Grundgesetz zu verankern, die politischen Gründe haben meiner Meinung nach jedoch das stärkere Gewicht. Vier Erwägungen sind nach meiner Einschätzung von besonderer Bedeutung:
1. starke außenpolitische Aversionen gegen ein bewaffnetes Deutschland, ▶

2. innenpolitischer Druck durch die Bevölkerung,
3. die Erfahrung, daß trotz KDV-Recht der Staat immer noch genügend Bürger findet, die bereit sind, Krieg zu „spielen“.
4. Schutz vor Zwangsrekturierung durch die siegreichen Alliierten...

Eine nüchterne Analyse der Fakten läßt leider nur den Schluß zu, daß es dem Parlamentarischen Rat nicht um eine wirkliche Verbesserung pazifistischer Positionen in der BRD ging, wenngleich die Verabschiedung von Art. 4,3 GG so gewertet werden muß. Eher diente Art. 4,3 GG der außenpolitischen und innenpolitischen Verschleierung der eigentlichen Aufrüstungspläne. Die Diskrepanz zwischen den pazifistischen Positionen in den Länderverfassungen und den Bestimmungen des Grundgesetzes macht deutlich, daß die „Realpolitiker“ sehr scharf darüber wachten, daß linke, pazifistische Idealisten dem Staatswesen nicht einen Stempel aufdrücken konnten, der ihnen ihre machtpolitische Tour in Zukunft hätte vermessen können. Man überließ den Pazifisten die Länderverfassungen als „Spielwiese“ - Bundesrecht bricht schließlich Landesrecht - sorgte jedoch dafür, daß die Remilitarisierung für den politisch günstigen Zeitpunkt offen und möglich blieb.

Hans-Josef Schulte

Die Ohnmacht der Zivildienstleistenden

Begonnen hat es mit der Einladung aller ZDLs aus dem Kreis Heilbronn zur Vollversammlung hinsichtlich der geplanten Aktionen gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate. Daß hier erschreckend wenig ZDLs erschienen, war für mich irgendwie ein Zeichen für die Probleme der ZDLs als gemeinsam handelnde Interessengruppe und des ZDLs als Kriegsdienstverweigerers (also als politische Einzelperson). Mir sind dabei viele Dinge bewußt geworden, die mich früher nicht interessierten und von denen ich auch nichts wußte:

a) Während unserer Diskussion waren die Meinungsverschiedenheiten über evtl. Aktionen und Maßnahmen (wie Streik, Demo, Protestschreiben etc.) so groß, daß wir uns echt zu einem Kompromiß zusammenraufen mußten, der bei vielen nur auf halbherzige Zustimmung stieß, da viele originelle Einzelideen und -vorschläge einfach untergingen.

b) Es fiel uns unheimlich schwer, eine klare, beweisbare gesetzliche Tatsache gegen die Verlängerung des Zivildienstes und den Unterschied des Wehr- und Zivildienstes in ihrer Dauer zu finden, da sich niemand von uns genau im gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bereich auskannte. (Der Art. 12 a, Absatz 2 GG mag die Verfassungswidrigkeit des Unterschiedes der beiden Dienste klar

darlegen, aber wer definiert heute, was „Dauer“ bedeutet? Hat sich der Geist des Grundgesetzes im Laufe der Zeit nicht gewandelt?) Darin zeigt sich auch, daß der Bürger sich heute in der Masse der Gesetze und Bundesverfassungsgerichts-Beschlüsse nicht mehr auskennt, weil sie so unüberschaubar viel geworden sind.

c) Erschreckend war auch festzustellen, wie unpolitisch viele ZDLs geworden sind. („Hauptsache meine 20 Monate Zivildienst rum und dann ist es vorbei!“)

d) Dadurch wird deutlich, daß das neue KDV-Gesetz seine Wirkungen zeigt (nämlich die Unterwanderung des Kriegsdienstverweigerungsgedankens, die Auseinandersetzung mit dem Thema Kriegsdienst, gerade auch weil es für viele so einfach geworden ist zu verweigern. Welcher schriftliche Antrag wird heute noch abgelehnt, außer er hat formale Mängel?). Leider ist dies nicht direkt beweisbar, so daß viele engagierte ZDLs vor keinen angreifbaren Tatsachen und Beweisen stehen und somit viele Bemühungen, dagegen anzugehen, ins Leere laufen.

e) Auch das BAZ spielt dabei eine mehr als zweifelhafte Rolle: meiner Ansicht nach soll es uns ZDLs gegenüber der Regierung vertreten, uns über unsere Rechte aufklären und sich für die Anerkennung des Zivildienstes als echten Friedensdienst einsetzen, doch es zeigt sich immer wieder, daß das BAZ die Regierung gegenüber uns vertritt, d. h. deren Beschlüsse verteidigt oder sogar begrüßt, wie es der Bundesbeauftragte für Zivildienst, Peter Hintze, bei der Verlängerung des Zivildienstes tat, und uns damit in den Rücken fällt.

f) Und was noch hinzukommt: Wir sind eine Minderheit und werden (wenn es bei der Verlängerung des Dienstes und der Benachteiligung durch die Gesetzgebung bleibt) auch weiterhin eine Minderheit bleiben. Allein schon deshalb können wir nie den gleichen Rechtsstatus wie die Mehrheit (in diesem Fall die Wehrpflichtigen) erlangen, auch wenn es uns - meiner Meinung nach - laut Grundgesetz (dem freiheitlich-demokratischen Recht, das verteidigt werden muß...) zusteht.

Es bleibt mir z. Zt. nur die Ratlosigkeit und die Ohnmacht meines Handelns gegenüber den höheren staatlichen Organen. Wer hilft uns in unseren Rechten? An wen sollen wir uns wenden? Was ich mir für die ZDLs in Zukunft wünsche, ist mehr Verständnis für ihren Dienst als Friedensdienst, mehr Verständnis ihrer selbst, als verantwortungsvolle Bürger am Frieden in der Welt mitzuwirken und mehr Einsatz des BAZ für sie!!

„Der Friede Gottes, welcher höher ist als all eure Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus.“

ZDL Uwe Friedrich, Heilbronn

Haben ZDL ein Recht auf die 40-Stunden-Woche?

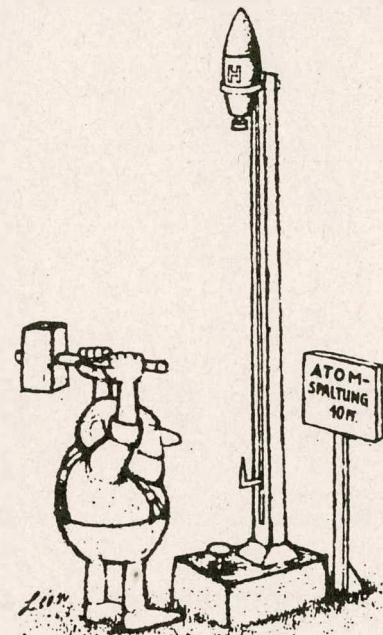
Grundsatz: Schön wär's!

Detail: Nach § 32 Abs. 1 Zivildienstgesetz sind für ZDL die Arbeitszeitbestimmungen anzuwenden, „die für einen vergleichbaren Beschäftigten am gleichen Arbeitsplatz gelten.“ Das heißt, man muß sich nach Tarifverträgen oder entsprechenden Arbeitszeitfestlegungen, die für die Dienststelle gelten, erkundigen. Ansprechpartner: Mitarbeitervertretung oder nächstes ÖTV-Büro.

Sofern solche Bestimmungen nicht vorliegen - das soll's ja geben - und für die Dienststelle nicht die Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 (!) gilt, die „Höchstleistungszeiten“ festlegt, dann wird die Verordnung über die Arbeitszeit der Bundesbeamten angewendet, die - freilich - eine „regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von z. Zt. 40 Stunden“ vorsieht. Diese gilt dann auch für ZDL. Sie haben auch nur „in gleichem Umfang“ wie vergleichbare Beschäftigte *Nacht- und Bereitschaftsdienst* zu leisten. 50 Stunden pro Woche sollen dabei nicht überschritten werden (siehe ZDL-Leitfaden, Abschnitt D3, Einsicht muß gewährt werden).

Bis zu einer Höchstgrenze von 2 Stunden täglich können ZDL zu „Dienstunterricht“ oder „innerem Dienstbetrieb“ (Dienstunterkunft säubern etc.) „herangezogen“ (!) werden.

Falls Überstunden angeordnet sind, so hat der ZDL Anspruch auf entsprechenden Zeitausgleich, d. h. sollte nicht schlechter gestellt sein, als die vergleich-



baren Mitarbeiter der Dienststelle, deren Freizeitausgleich nicht selten (auch) durch Geld (mit-) abgegolten wird. Insgesamt also ein kompliziertes Problem mit der Arbeitszeit, für die – bei fehlenden Bestimmungen – gerechte Lösungen oft einvernehmlich entwickelt werden müssen. Die kirchlichen Beauftragten für ZDL helfen dabei gerne mit, sofern sie darum gebeten werden.

Gibt es kostenlose Familienheimfahrten auch auf Bahnbusstrecken?

Im Grundsatz: Ja!

Im Detail: Alle ZDL haben Anspruch auf kostenlose Familienheimfahrten, beliebig oft in der 2. Klasse in Zügen der DB.

Auf Streckennetzen und Omnibuslinien, die im Kursbuch vor der Streckennummer mit einem sechszackigen Stern (*) gekennzeichnet sind, kann der Dienstausweis als Fahrausweis benutzt werden.

Beispiele:

a) Bahnbus-Nr. 7510 * Ulm – Ehingen

Hier kann mit dem Dienstausweis als Fahrausweis gefahren werden.

b) Bahnbus-Nr. 7542 Ravensburg – Wangen – Isny

Hier ist kein Stern, der ZDL löst also Fahrkarten. Es wird ihm dafür vom Bundesamt eine Reisebeihilfe in Höhe der nachgewiesenen Kosten in der niedrigsten Klasse gewährt. (Fahrkarten sammeln!)

Die Reisebeihilfe muß vom ZDL innerhalb von 3 Monaten mit dem entsprechenden Vordruck auf dem Dienstweg beantragt werden. Vordrucke können beim Bundesamt oder bei der zuständigen Verwaltungsstelle Zivildienst angefordert werden.

Synode gratuliert

„Mit großer Erleichterung und Freude hat die Synode der Diözese Rottenburg-Stuttgart die Nachricht aufgenommen, daß die Philippinen auf unblutigem Weg die Freiheit erringen konnten“, heißt es in einem Telegramm an den in Manila residierenden Kardinal Jaime L. Sin.

Die katholische Kirche auf den Philippinen habe dabei eine mutige Rolle gespielt. Obwohl viele Katholiken Opfer der Gewalt wurden, sei die Kirche nie vom Weg der Gewaltlosigkeit abgewichen. Bedenken gegen diese Solidaritätsadresse hatte zuvor der Stuttgarter Prälat Bernhard Hanssler vorgebracht: Die Synode mache sich zum Sympathisanten eines Regimes, dessen künftigen Weg man nicht voraussehen könne.

aus: *Südwestpresse* 27.2.1986

Spranger ließ auch Kirchen überwachen

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter

Spranger (CSU), hat im Jahre 1984 beim Verfassungsschutz auch Berichte über die Friedensarbeit der Kirchen und über Ost-West-Städtepartnerschaften angefordert. Über diese und andere bisher öffentlich nicht bekannte Aufträge Sprangers berichtete der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, vor dem Zimmermann-Untersuchungsausschuß des Bundestages in Bonn.

Der Verfassungsschutz sollte Material über den Weltfriedensrat und verschiedene „Bündnisorganisationen“ liefern, „insbesondere, wie die Kirche eingebunden worden ist“. Dabei habe Spranger den Namen Volkmar Deile von der Organisation „Aktion Sühnezeichen“ in Berlin erwähnt. Anlaß für das Interesse des Staatssekretärs sei gewesen, so erinnerte sich Hellenbroich an das Gespräch, daß sich Vertreter der Kirchen führend an der Organisation der Friedensbewegung beteiligt hatten.

Inzwischen hat der Berliner evangelische Pfarrer und frühere Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Volkmar Deile, an die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Landeskirchen appelliert, sie sollten die Beobachtung christlicher Gruppen durch den Verfassungsschutz „eindeutig zurückweisen und sich vor ihre Mitarbeiter stellen“.

Der Pressesprecher der EKD, Oberkirchenrat Rolf Koppe (Hannover), vertrat die Auffassung, daß dem Staat nicht verwehrt werden könne, sich auch mit kirchlichen Aktivitäten im Umfeld der Friedensbewegung zu befassen. Die Kirche sei aber nicht in Bündnisorganisationen irgendeiner Art eingebunden.

aus: *FR* 20./21.2.1986

Wehrbeauftragter legte „Mängelliste“ vor

Von einer „stark gewachsenen Zahl“ der schriftlichen Eingaben von Soldaten berichtet der neue Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Willi Weiskirch, in seinem ersten Bericht.

Bewegte sich die Zahl der Eingaben in den Vorjahren zwischen 6 000 und 7 000, so wurden 1985 zum ersten Mal mehr als 8 000 registriert, denen 14 454 Einzel-sachverhalte zugrunde lagen.

Fast 30 Seiten Darstellung von exemplarischen Mißständen fügte der Wehrbeauftragte einige Anmerkungen und Empfehlungen an. In seinem Schlußwort geht er auf die Diskussion in der Truppe über die Zahlung eines Benzingeldes ein, das Wehrpflichtige für eine Wochenendheimfahrt oder für eine Mitfahrgelegenheit bekommen sollten. Weiskirch regt an, in solchen Fällen einen Zuschuß zu gewähren, in denen Soldaten nur mit erheblichem Zeitverlust durch öffentliche Verkehrsmittel nach Hause gelangen könnten. Auch plädiert der Wehrbeauftragte für eine Befreiung

der Wehrpflichtigen von Rundfunk- und Fernsehgebühren für ihre Kofferradios. Ferner regte Weiskirch eine Untersuchung über die tatsächlichen finanziellen Opfer wehrpflichtiger Soldaten an, die oft auch als Stützen ihrer Familien ausfielen. Weiskirch gab zu bedenken, ob nicht das Entlassungsgeld spürbar angehoben oder ein „nennenswertes“ zinsloses Darlehen am Ende der Dienstzeit gewährt werden müsse.

aus: *Bundestagsreport* 3/86

ZDL zwangsversetzt

Amt für Zivildienst ungehalten über Kritik

Weil der Landesjugendring Baden-Württemberg Ende Februar in einer Pressemitteilung gegen eine Verlängerung des Zivildienstes protestiert hat, muß die Geschäftsführung der Organisation in Stuttgart vorerst auf die Hilfe eines Zivildienstleistenden verzichten. Das Bundesamt für den Zivildienst in Köln hat den Wehrdienstverweigerer, einen 22 Jahre alten Verwaltungsangestellten, zum baden-württembergischen Wohlfahrtswerk versetzt. „Es geht einfach nicht an, daß eine Beschäftigungsstelle für Zivildienstleistende Front gegen den Zivildienst macht“, erklärte ein Sprecher der Behörde auf Anfrage. Über eine endgültige Streichung der Stelle sei mit der Versetzung aber noch nicht entschieden worden.

In der beanstandeten Pressemitteilung hatte der Vorstand des Landesjugendrings, in dem Jugendverbände verschiedener Richtungen zusammengeschlossen sind, an die Vorschrift des Grundgesetzes erinnert, wonach die Dauer des Ersatzdienstes die des Wehrdienstes nicht übersteigen dürfe. Mit dieser Begründung lehnte die Organisation eine abermalige Verlängerung des Zivildienstes von 20 auf 24 Monate aus Anlaß des auf 18 Monate verlängerten Wehrdienstes ab. Zugleich wurden in der Mitteilung „gewaltfreie Aktionen“ gegen entsprechende Pläne der Bonner Koalition befürwortet.

Diese dezidierte Stellungnahme hat jetzt, wie das Bundesamt für den Zivildienst bestätigte, zur Versetzung des Ersatzdienstleistenden aus der Stuttgarter Geschäftsstelle des Landesjugendrings geführt. „Der Landesjugendring kann denken, was er will“, sagte der Sprecher der Behörde. Es komme aber „darauf an, wie er dies kundtut“. Offen ist bisher, ob der Organisation überhaupt wieder ein Zivildienstleistender zugewiesen wird. Eine förmliche Aberkennung der Stelle erfordert einen schriftlichen Bescheid, gegen den der Landesjugendring Einspruch erheben könnte. Wie das Bundesamt mitteilte, soll eine endgültige Entscheidung erst nach weiteren Gesprächen mit dem Landesjugendring fallen.

aus: *Südwestdeutsche Zeitung* 15.3.1986

Griechische Kriegsdienstverweigerer inhaftiert

Am 5. November 1984 wurde Yannis Panagiotides aufgrund seiner Kriegsdienstverweigerung durch ein griechisches Gericht zu 4 Jahren Haft verurteilt. Yannis P. wurde als gewaltloser politischer Gefangener von amnesty international adoptiert. Seit Januar 1985 bemüht sich die Organisation um seine Freilassung, bisher jedoch ohne Erfolg. Yannis P. ist weiterhin in Haft. Sein Schicksal teilt er mit weiteren 245 politischen Gefangenen.

Es handelt sich ausnahmslos um Zeugen Jehovas, die den Kriegsdienst verweigern. Weil sie die Ableistung eines bewaffneten und unbewaffneten Militärdienstes ablehnen, verbüßen sie mehrjährige Haftstrafen (in der Regel 4-5 Jahre) und werden darüber hinaus mit dem teilweisen Verlust ihrer Bürgerrechte bestraft. Nach der Haftentlassung besitzen sie für die Dauer von fünf oder mehr Jahren weder das aktive noch das passive Wahlrecht und sind von öffentlichen Ämtern oder einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgeschlossen.

Die griechische Gesetzgebung läßt einen Einspruch gegen den bewaffneten Militärdienst zu, wenn dieser aus religiösen Gründen erhoben wird. Den Verweigerern wird dann jedoch nicht die Möglichkeit gegeben, einen Zivildienst außerhalb des Militärs abzuleisten, sondern sie haben lediglich die Alternative, einen unbewaffneten Dienst innerhalb der Armee abzuleisten. Dieser dauert dann 4 1/2 Jahre und ist damit mehr als doppelt so lang wie der reguläre Dienst.

Nach Ansicht von amnesty international verstößt diese Regelung gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, wonach jeder Mensch einen Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat. Das bedeutet aber auch, daß niemand benachteiligt oder bestraft werden darf, wenn er diese Rechte für sich in Anspruch nimmt.

Amnesty international tritt daher für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes außerhalb des Militärs ein, der nicht länger dauern darf als der reguläre Kriegsdienst.

WUB-Leser können diese Forderung unterstützen, indem sie höflich formulierte Briefe, möglichst in englischer Sprache an die griechische Regierung schreiben.

Adressat:

Mister George A. Mangakis
Minister of Justice
Ministry of Justice
Socratons and 2 Zinons Street
Athens
Greece

oder:

Christos Satzidakis
Office of the President
17 Stisichoron Street
Athens
Greece

Folgende Inhalte sind denkbar (Amnesty bittet um freie Formulierung):

1. Fordert dazu auf, das jetzige Gesetz (Art. 70 des Military Penal Code von 1977) so zu ändern, daß Kriegsdienstverweigerern, die aus Gewissensgründen die Ableistung des Militärdienstes verweigern, eine Ersatztätigkeit außerhalb des Militärs ermöglicht wird.
2. Bittet um Amnestie oder Begnadigung für die Gefangenen Yannis PANAGIOTIDES oder Thomas MAROPOULOS bzw. für alle zur Zeit 246 gefangenen Kriegsdienstverweigerer.
3. Bringt zum Ausdruck, daß die Inhaftierung der Kriegsdienstverweigerer eine Verletzung des Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die das Recht der Gewissensfreiheit beinhalten, darstellt.

Wer auf seinen Brief eine Antwort erhält, der möge dies bitte der ai-Gruppe mitteilen.

Griechische Mitbürger sollten diese Aktion *nicht* unterstützen.

Näheres bei:

Amnesty International, Gruppe 1584
z. Hd. v. Herbert Krone, Yorkring 9,
4400 Münster

Ein Denkmal dem unbekanntem Deserteur

Am 26.4. erklärten sich erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges Antimilitaristen zu Deserteuren. Anlässlich des 13. Bundestreffens von Reservisten-Verweigerergruppen in Bremen wurde in der Innenstadt ein Denkmal für den unbekanntem Deserteur der vergangenen Kriege von bekannten Deserteuren zukünftiger Kriege enthüllt.

Begleitet von Klängen der Bläsergruppe „Schreck blas nach“ schritten die Reservisten-Verweigerer aus dem ganzen Bundesgebiet von Kiel bis München zum Denkmal und warfen symbolisch ihre übergestreiften Bundeswehr-Uniformen von sich.

Das Denkmal auf einem Betonsockel zeigt einen Kopf mit Stahlhelm und Tarnnetz. Die Reservisten-Verweigerer appellierten an den Bremer Senat für Bildung, Wissenschaft und Kunst, sich dafür einzusetzen, daß dem Denkmal ein fester Platz in einer öffentlichen Einrichtung der Stadt zukommt.

aus: taz vom 28.4.86

Der Schlaf des Gerechten

von Werner Schulz

Es ging ja nun nochmal gut, in der Sache des „schlafenden Richters“ (siehe nebenstehenden Urteilsauszug). Der Richter hat – im Namen des Volkes – nicht geschlafen. Unsereins hätte ja daran keinen Moment gezweifelt. Der Eingeweihte weiß, wie schnell – und dabei völlig zu Unrecht – einem der diskriminierende Vorwurf des „geschlafen habens“ angehängt werden kann und wie aussichtslos hinterher jeder Versuch der sachlichen Richtigstellung ist. Seit Jahrzehnten schon sind einige von uns mit diesem Stigma behaftet – ohne die geringste Aussicht auf Rehabilitation.

Nach einer, in dieser Hinsicht überwiegend glücklichen Kindheit, fing der Leidensweg für die meisten von uns in der Schule an. Da hieß es: Du schläfst ja! Dabei hatte man immer gerade in diesen Augenblicken besonders tief über die gehaltvollen Worte des Lehrers nachgedacht. In der Uni fragte man uns dann: Schlafen Sie gut? Dabei war man just in diesen Momenten dabei, sich ganz und gar ins Hier und Jetzt zu transformieren – was durch derartig unsensible Störungen von außen nurmehr unbefriedigend gelang.

Allsonntäglich, auf den Kirchenbänken, sind es heute mehr und mehr unsere engsten Freunde und Nachbarn, die uns den Genuß an der kräftigenden Meditation in jener energiegeladenen Umgebung vergällen, mit ihren ewig gleichen Verdächtigungen und Vorurteilen, die bis hin zum ordinären Vorwurf des „Schnarchens“ reichen. Von den – bisweilen handfesten – körperlichen Angriffen unserer Nebensitzer ganz zu schweigen.

Unsere Leidensgenossen, das hat sich nun einmal mehr gezeigt, sind auf nahezu alle Berufssparten verteilt. Insbesondere die Beamten unter uns scheinen den massivsten Anfeindungen ausgesetzt. Einen Richter hat man nun also in die Öffentlichkeit gezerrt. Aber natürlich sind auch die Anschuldigungen gegen dieses jüngste Opfer in der Kampagne gegen uns völlig unbegründet.

Was tatsächlich in diesem Menschen vorgegangen sein könnte, das vermag nur derjenige annähernd richtig zu deuten, der unseren Leidensweg aus eigenem Erleben tatsächlich kennt. Die Richter in Berlin jedenfalls haben richtig entschieden. Sie seien in unserem Kreis der Eingeweihten willkommen!

„Schwarz auf Weiß“

Urteile, Bescheide,
Ablehnungen

Nur ein schnarchender Richter ist ein schlafender Richter.
Aus der Zurückweisung einer Revision gegen das KDV-Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz. Auszug aus dem Berliner BVG-Urteil:

"... Abgesehen davon sind geschlossene Augen in Verbindung mit gelegentlichem Absacken des Kopfes oder auch gelegentlichem Aufschrecken, etwa bei plötzlichem Geräuschen, keineswegs ein hinreichend sicheres Anzeichen für Schlaf, sondern sie können auch etwa auf besonders konzentriertes Zuhören und Mitdenken schließen lassen ... Es ist daher durchaus möglich, daß der Richter ... nicht geschlafen, sondern lediglich entspannt gesessen und sich dabei derart aufs Zuhören konzentriert hat, daß sein Kopf deshalb abrutschte und er aus diesen Gründen aufschreckte ... Unter diesen Umständen kann erst dann davon ausgegangen werden, daß ein Richter schläft oder in anderer Weise "abwesend" ist, wenn andere, sichere Anzeichen hinzukommen wie etwa tiefes, hörbares und gleichmäßiges Atmen oder gar Schnarchen, ruckartiges Aufrichten mit Anzeichen von fehlender Orientierung u.ä. ... Der Senat wird in seiner Überzeugung, daß der Richter ... nicht über einen längeren, ins Gewicht fallenden Zeitraum geschlafen hat, sondern allenfalls für kurze, wenige Minuten andauernde Momente "eingenickt" war ... bestärkt.

Auszug aus einem Bescheid des Bundesamtes für den Zivildienst, eine sozialtherapeutische Einrichtung nicht als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes anzuerkennen:

Aus meinen Ermittlungen ergibt sich, daß aufgrund der Räumlichkeiten der Einrichtungen Kontakte zwischen Zivildienstleistenden und Kindern nicht zu vermeiden sind. Ein Dienstleistender könnte sich bei der Größe der Einrichtung nicht so distanzieren, wie es für das Wohl der in der Einrichtung lebenden Kinder und Jugendlichen zu fördern wäre.

Ablehnung, weil er einfach "zu gut" war.
Ausschuß für KDV, Hamburg, März 1985

"... Zwar hat der Antragsteller durchaus schlüssig eine weltanschaulich und in seiner Persönlichkeit begründete Gewissensentscheidung gegen Krieg und Wehrdienst vorgetragen ... Auch hat sich der Antragsteller offenbar hinreichend vertieft mit den Problemen der KDV aus Gewissensgründen auseinandergesetzt und sich auch in der mündlichen Verhandlung weder in Widersprüche verwickelt noch in seiner schriftlichen und am Vorliegen der von ihm geltend gemachten Gewissensentscheidung geboten. Seine Gesamteinlassung erschien dem Ausschuß jedoch zu schlüssig und abgerundet und der Ausschuß hielt es für möglich, daß der Antragsteller allein eine brillante Gesamtargumentation, nicht aber auch eine dementsprechende Gewissensentscheidung vortrage ..."

WUB-Buchtip

Andreas Titzrath, Helfen Sie denn gleich, mir'n Kaffee zu machen?

Aus dem Tagebuch eines Zivildienstleistenden. Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1986, DIN A 4, Zeichnungen mit Text.

Besprochen von Werner Schulz

Etwas über die Situation der alten Menschen in unserer Gesellschaft sagen? Ja, da müßte man ... Soziologen zu Rate ziehen, Einkommensstatistiken auswerten, Lebenserwartungen vergleichen und und und. Dann vielleicht wäre die Antwort repräsentativ, wenigstens objektiv.

Man könnte aber auch einfach hinsehen – d. h.: nicht mehr wegsehen –, zuhören, die alten Menschen selber fragen, die Antworten auf sich wirken lassen, für sich und andere festhalten.

Letzteres hat Ex-ZDL Andreas Titzrath getan und so ist sein ungewöhnliches Buch entstanden, das auf die Frage, wie es den alten Menschen unter uns geht, eine Fülle von Antworten gibt – nicht eine einzige ist „objektiv“, aber alle sind sie wahr.

Die Tagebucheintragungen des ZDL über seinen Dienst beim Mobilien Sozialen Hilfsdienst der Arbeiterwohlfahrt in Essen sind „Aufzeichnungen“ im wörtlichen Sinn. Zitate und persönliche Gedanken ergänzen und kommentieren die Bilder.

Der Autor, Jg. 1957, ist gelernter Grafiker.

Karl R., Auguste S., Käthe Z. und viele andere, beschönigend „Senioren“ genannte alte Frauen und Männer, haben sich dem „Wehrmachtsverweigerer“ in ihrer Einsamkeit mitgeteilt, ließen ihn an ihren Sorgen, ihrer Wut, ihrem Starrsinn, ihrer Resignation, aber auch an ihrem Humor und ihrer Gewitztheit teilhaben.

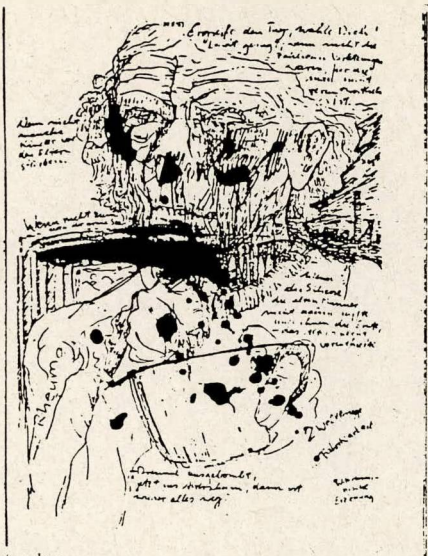
Sie haben ihn gebraucht, („Ich sach schon immer für meine Puppe, ich sach morgen is wieder Donnerstag, da kriegen wir wieder was eingekauft. Ja, Sie lachen, mit wem soll ich denn sonst reden, mit den Wänden?“) manchmal verwöhnt („Mein Gott, jetzt trinken Sie schon einen mit. Wie? Ist noch zu hell draußen? – Dann machen Sie doch die Augen zu!“) und – er ist ehrlich genug, es zuzugeben – gingen ihm manchmal auch „auf den Zeiger“.

Abends, nach Dienstschluß, schrieb sich der mobile Helfer seine Eindrücke von der Seele. „Die Zeichnungen sind der eigene Schopf, an dem ich mich aus dem Verzweifel-Wasser ziehe.“

Ein subjektives Buch, wie gesagt, aber gerade deshalb so lesenswert – nicht nur für Zivis: „Der Arzt sagt immer nur: 'Denken Sie an Ihr Alter.' Der mit seinem Scheiß-Alter.“



Zwei Seiten aus dem Tagebuch eines Zivildienstleistenden.



Leben gegen den Strom:

Hermann Stöhr - ein evangelischer
Kriegsdienstverweigerer im Dritten
Reich
Buchbesprechung von Friedhelm
Schneider, Speyer

„Den Dienst mit der Waffe muß ich aus Gewissensgründen ablehnen. Mir wie meinem Volk sagt Christus: „Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen.“ (Matth. 26, 53) So halte ich die Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr. Was meinem Volk gefährlich und verderblich ist, daran vermag ich mich nicht zu beteiligen.“ Mit diesen Worten reagierte im März 1939 Hermann Stöhr, Doktor der Staatswissenschaften, auf seine (zunächst nur für Wehrübungen) geplante Heranziehung als Reserveoffizier. Der Fahnenflucht angeklagt und für schuldig befunden, verweigerte Stöhr die militärische Eidesleistung auf den Führer; das Reichskriegsgericht verhängte daraufhin die Todesstrafe wegen Wehrkraftzersetzung. Das Unrechtsurteil wurde – ebenso legal, wie es zustande gekommen war – am 21.6.1940 in Berlin-Plötzensee vollstreckt.

Es ist sicher kein Zufall, daß Hermann Stöhr, der einzige namentlich bekannte Kriegsdienstverweigerer des Dritten Reichs, in völlige Vergessenheit geraten ist. Umso mehr Beachtung verdient die Lebensbeschreibung dieses mutigen Christen, die Eberhard Röhm als das Ergebnis jahrelanger „Spurensicherung“ vorgelegt hat.

Stöhr, der den Ersten Weltkrieg als Freiwilliger bei der kaiserlichen Marine miterlebte, engagierte sich maßgeblich in der ökumenischen Bewegung und im Internationalen Versöhnungsbund – zu einer Zeit, in der „Pazifismus“ und „Internationalismus“ als schlimme Schimpfwörter gelten. Auch nach seiner

Entlassung aus dem Dienst der Inneren Mission bleibt Stöhr für den Berliner Oberkirchenrat ein unbequemer Mahner, der zur politischen Einmischung im Sinne Jesu aufruft: 1933 protestiert er gegen die Beflaggung kirchlicher Gebäude an einem Nazi-Feiertag und erinnert daran, daß der Ev. Oberkirchenrat „nicht Filiale der NSDAP, sondern Teil der einen Kirche ist.“ Im selben Jahr schlägt Stöhr der „Spitze“ seiner Kirche als allgemeines Gebetsanliegen vor: „Wir bitten auch für alle, die gegenwärtig benachteiligt und verfolgt werden, gleicherweise, ob sie in Irrtum und Unrecht befangen sind oder nicht, ob es sich um Kommunisten, Sozialisten oder Pazifisten, um Christen oder Juden handelt. Besonders gedenken wir der 18 000 Volksgenossen, die nach einer amtlichen Mitteilung vom Juni 1933 in Konzentrationslagern des Deutschen Reiches leben.“

Schließlich bekundet Stöhr demonstrativ seine Solidarität mit den Juden seines Heimatortes Stettin und fordert die Kirchenleitung zu entsprechendem Handeln auf ...

Im Leben dieses konsequenten christlichen Einzelgängers wird etwas von dem deutlich, was Kirche im Dritten Reich hätte sein können und doch aus vielerlei Gründen nicht war. Die Unbeirrbareren, die immer noch an der Vorstellung festhalten, erst die Pazifisten der dreißiger Jahre hätten Auschwitz ermöglicht – sie werden sich fragen lassen müssen: Was wäre geschehen, wenn die Mehrzahl der Christen ihre Stimme erhoben, protestiert und gehandelt hätte wie Hermann Stöhr?

Eberhard Röhm: Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898 - 1940) und die ökumenische Friedensbewegung. Mit einem Vorwort von Kurt Scharf, 280 Seiten. Calwer Verlag Stuttgart, 1985.

Liebe Leser,
mit Sicherheit gibt es unter 10 000 WUB-Adressaten eine ganze Menge Leute, die in den künstlerischen Bereichen Grafik, Fotografie und Lyrik begabt und aktiv sind. Warum sollte die WUB nicht von diesem „Reichtum“ profitieren?

Unsere Zeitschrift wird sich in jedem Heft einem besonderen Thema widmen, aber die Aufarbeitung dieser Probleme muß nicht immer nur über die Inhalte der Artikel stattfinden. Wir bitten Euch deshalb, uns Zeichnungen, Karikaturen, Fotografien (s/w) und lyrische Texte oder Kurzprosa zu den jeweiligen Themen zuzusenden. Im Heft 3/86 wird das Schwerpunktthema „Frieden und Ökologie“ heißen.

Als Anerkennung für Euer Engagement setzen wir für jede in WUB veröffentlichte Arbeit einen Buchpreis im Wert von DM 20.- aus.

Sollte diese Bitte an Euch auf entsprechende Resonanz stoßen, so denken wir daran, am Ende des Jahres einen „WUB-Kulturpreis“ für die besten Arbeiten aus den 3 Kunstbereichen zu stiften. Wär' doch was, oder nicht?

Überlegt es Euch nicht zu lange! Einsendeschluß für das Thema „Frieden und Ökologie“ ist der 1. August 1986. (Großformatige Bilder und Zeichnungen bitte auf DIN A4 in druckfähiger Qualität verkleinern.)

d. Red.

Einige Gedichte aus der Feder von ZDLs haben uns bereits erreicht. Hier eine kleine Auswahl:

d. Red.

atombaby

die welt muß schön gewesen sein
vor
dem blitz
nachdem
ich geboren wurde
in toter stille
umgibt uns die erde
die systeme sind bald erschöpft
wir werden nach oben müssen
doch
vaters tauben starben schon
in der luftschleuse

Bernd Kolschenski, Herbrechtingen

Ein Traum

Letzte Nacht, mir ward ich träumte,
hört' ich doch Kinderlachen in Kabul.
Sah ich Menschen tanzen in Beirut,
roch ich verbrannte Schlagbäume in
Deutschland.

Schmeckte die Reinheit unserer Luft,
fühlte den Dunst der Freiheit

sich über die Erde legen.

Aber nein, wie dumm,
es muß ein Traum gewesen sein.

Dietrich Pietzonka, Bielefeld

Ich habe sehr viel
durch Euch
an mir gewonnen
und diesen Gewinn
will ich mit
Euch teilen.

Frank Steinke

Intelligente Feindesliebe

Erläuterung zum Lösungswort des WUB-Rätsels 1/86

von Theo Ziegler, Karlsruhe

Befreit das Evangelium
aus den Innentaschen
Eurer Sonntagsanzüge:

Steigt in die
Haut Eures Feindes,
betrachtet die Welt
und Euch selbst
mit seinen Augen
und durch seine Brille.
Lernt seine Sprache
und schlagt
seine Geschichtsbücher auf.
Lest darin und seht
Euch die Bilder an.

Auch wenn der WVO-Splitter
im Auge Eures Feindes
nicht gerade klein ist –
Ihr habt
mit Eurem NATO-Balken
genügend zu tun.

Liebet Eure Nächsten (Feinde),
denn Sie sind
– bei allen Unterschieden,
versteht sich –
wie Ihr.

Sie sind Eure Bedrohung
wie Ihr ihr Schrecken seid.

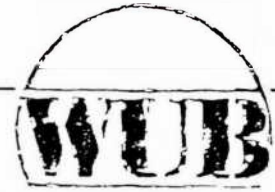
Alles was Ihr wollt,
daß Euch die anderen nicht androhen,
das droht Ihnen auch nicht an.
Bewaffnet Euch so,
wie Ihr wünscht,
daß Euer Feind bewaffnet ist.

Wenn Ihr nicht miteinander
umkommen wollt,
müßt Ihr lernen,
miteinander auszukommen.

Folgende Hauptgewinner wurden am 29.5.1986 von ZDLs während eines Einführungslehrganges beim Diakonischen Werk Württemberg gezogen:

1. Preis: Bernd Kolschenski
Hintere Str. 14
7922 Herbrechtingen
2. Preis: Christan Sohr
Oscar-Orth-Str. 11
6659 Homburg/S.

Die Gewinner der WUB-Abos (3.-10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt.



Termine

4.8. – 10.8.1986

Friedenscamp in Mutlangen

Auch in diesem Jahr wird wieder ein mehrtägiges Friedenscamp in Mutlangen anlässlich der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki stattfinden. Der Schwerpunkt des diesjährigen Camps soll mehr auf dem Versuch liegen, gemeinsam miteinander nach gewaltfreien, basisdemokratischen Prinzipien zusammenzuleben.

Kontakt: Friedensbüro Tübingen, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen, Tel. 07071/2 48 07

13.9. – 10.10.1986

Gewaltfreie Aktionen in Mutlangen

4 Wochen vor der großen Friedensdemonstration am 11.10. im Hunsrück wird in Mutlangen eine gewaltfreie Aktion beginnen.

Kontakt: Friedensbüro Tübingen, s. o.

15.9.1986 „Lebenslaute“, klassische Musik am Pershing II-Depot in Mutlangen.

„Wir wollen dem Grauen von Raketen die Klänge und Laute unserer Lebendigkeit entgegensetzen: ein klassisches Konzert, als Symbol für die überlebendigen und lebensbejahenden Teile unserer Kultur.“

In klassischer Musik geübte Musiker/innen und Sänger/innen werden dazu eingeladen. Ein Probenwochenende findet am 13./14.9. und ein Vorbereitungswochenende am 16./17.8. statt.

Kontakte über: Rudolf Schmid, Kontrabassist, Amselweg 11, 7053 Kernen i. R., Tel.: 07151/4 61 04

Freispiele –

Sommertheaterprojekt

Unter dem Thema „Freispiele“ bietet die Werkstatt „Körper – Bewegung – Theater – Tanz“ (Fortbildung Westf. Diakonenanstalt Nazareth) vom 11.8. – 23.8.1986 und vom 25.8. – 6.9.1986 erneut ein Sommertheaterprojekt an. Teilnehmen können sowohl erfahrene Theaterleute, als auch diejenigen, die in diesem Bereich ihre ersten Entdeckungen machen wollen.

Innerhalb der Projekte werden verschiedene Angebote zu den Themen: Körperarbeit (z. B. T'ai Chi, Bewegungsstudien), Rhythmus, Tanz, Objektbau, Improvisationen, Arbeit des Schauspielers an der Rolle etc. durchgeführt.

Kontakt:

Westf. Diakonenanstalt Nazareth
Referat für Fort- und Weiterbildung
Nazarethweg 5 – 7
4800 Bielefeld 13
Tel.: 0521/144 41 14

RÜSTZEITEN / WERK- WOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern.

Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.



Hiermit bestelle ich wub bis auf Widerruf.

Ein Jahres-Abonnement kostet DM10,-
(4 Hefte einschl. Versand)

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung
für das laufende Kalenderjahr.

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

15.09. – 19.09.1986
22.09. – 26.09.1986
Anmeldeformulare:

22.09. – 26.09.1986

13.10. – 17.10.1986
Anmeldeformulare:

29.09. – 3.10.1986
Anmeldeformulare:

1.09. – 5.09.1986
27.10. – 31.10.1986
Anmeldeformulare:

18.08. – 22.08.1986
Anmeldeformulare:

1.09. – 6.09.1986
22.09. – 27.09.1986
Anmeldeformulare:

22.09. – 26.09.1986
Anmeldeformulare:

15.09. – 19.09.1986
20.10. – 24.10.1986
Anmeldeformulare:

14.07. – 18.07.1986
15.09. – 19.09.1986
Informationen:

15.09. – 19.09.1986
13.10. – 17.10.1986
Anmeldeformulare:

8.09. – 12.09.1986
6.10. – 10.10.1986
27.10. – 31.10.1986
Anmeldeformulare:

1.09. – 5.09.1986
8.09. – 12.09.1986

6.10. – 10.10.1986

Anmeldeformulare:

Baden

Liebfrauenberg: Deutsch-Französische (Kriegs-) Geschichte
Oppenau / Schwarzwald: Theater (Szenen aus dem Alltag)
Kurt Kern und Theodor Ziegler, Amt für Jugendarbeit,
Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1,
Telefon (07 21) 16 83 33 und 16 83 27

Bayern

Schliersee-Josefstal: Im Spiel die Welt begreifen – Theater der Unterdrückten
Pappenheim/Mfr.: Friedlich wirken – Werken für den Frieden
Wolfgang Langenbach, Gudrunstraße 33, 8500 Nürnberg 40,
Telefon (09 11) 43 04-238

Bremen

Sachsenhain: Thema noch offen
Pastor Ingbert Lindemann, Franzioseck 2-4, 2800 Bremen 1,
Telefon (04 21) 5 59 72 49

Hessen-Nassau

Höchst/Odw.: Spiel und Aggression
Höchst/Odw.: Der verkabelte Mensch
Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt,
Telefon (061 51) 4 40 88

Kurhessen – Waldeck

Meißner-Germerode: Frieden mit der Natur
Arbeitsstelle KDV + ZDL, Emmerichstraße 20 A, 3500 Kassel,
Telefon (05 61) 77 74 25

Niedersachsen

Bentierode: Friedensarbeit auf dem Lande
Spiekeroog: Thema noch offen
Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1,
Telefon (05 11) 12 41-469/468

Bückerburg: Wir und die Dritte Welt
Internationales Freundschaftsheim, Falk Bloech, Weinberg 10,
3062 Bückerburg, Telefon (0 57 22) 2 50 47

Nordelbien

Koppelsberg: Erfahrungen in der Arbeit mit Behinderten
Koppelsberg: Soziale Verteidigung – Alternative zum geltenden Sicherheitskonzept?
Martin Hennig, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76,
Telefon (0 40) 25 88 81

Pfalz

Pirmasens: Gewaltfrei Leben
Liebfrauenberg im Elsaß: Frieden schaffen – bâtir la paix
Friedhelm Schneider, Marienstraße 8, 6720 Speyer,
Telefon (0 62 32) 2 82 30

Rheinland

Solingen-Ohligs: Kirche – Bibel, Gewalt und Frieden
Radevormwald: Kreativität und Gewaltfreiheit
Pfr. Helmut Schlüter/Wolfgang Schürmann, Kartäusergasse 9,
5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00

Westfalen

Pollertshof: Zusammenleben
Pollertshof: Theater und Meditation
Villigst / Schwerte: Neofaschismus
Beratungsstelle der EKiw für KDV und ZDL
Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5,
Telefon (0 23 04) 75 52 30

Württemberg

Beilstein: Thema noch offen
Oberrotenstein: Gewaltfreiheit oder was wir mit Demokratie meinen – eine Auseinandersetzung mit der „Demokratiedenschrift“ der EKD
Oberrotenstein: Grundkurs in Sozialer Verteidigung – vom Zivil- zum Friedensdienst
Büro des Beauftragten der württembergischen Landeskirche für KDV und ZDL, Vogelsangstraße 60, 7000 Stuttgart 1,
Telefon: (07 11) 63 19 92

